

INFOPERU68

Der Newsletter de Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 68 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Neu erschienen: Infoblätter Peru](#)
3. [Chronologie der Corona-Krise in Peru \(Heinz Schulze, Annette Brox\)](#)
4. [Die Polizei in der Coronakrise \(César Bazán\)](#)
5. [Leben mit Ausgangssperre: Stimmen und Erfahrungsberichte](#)
6. [Ausnahmestand: Privilegien für die Bergbauunternehmen \(A. Brox\)](#)
7. [Ausgeherlaubnis nach Geschlecht \(Andreas Baumgart\)](#)
8. [Spendenaufrufe](#)
9. [Käthe Meentzen - von Bremen nach Peru \(H. Schulze, Trudi Schulze\)](#)
10. [Hidrovia - aus den Zuflüssen des Amazonas Wasserstrassen machen? \(H. Schulze\)](#)
11. [„Einen Film zu drehen, ist mein politisches Engagement“ \(H. Willer\)](#)
12. [Kurz gemeldet April 2020 \(A. Brox und H. Schulze\)](#)
13. [Wahlüberraschung: Israelitas und FREPAP \(H. Schulze\)](#)
14. [Veranstaltungen](#)

1. Editorial InfoPeru No 68: Was gut und was schlecht läuft in der Coronakrise in Peru

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

wenn ich diese Zeilen schreibe, bin ich in Lima in der 5. Woche in Folge praktisch unter staatlich verordnetem Hausarrest. Nur fuer die nötigsten Besorgungen (Lebensmittel, Bank, Arzt) verlasse ich kurz das Haus. Aber auch das nur bis 18 Uhr. Danach ist totale Ausgangssperre, so wie auch den gesamten Sonntag. So wie mir geht es allen Peruaner*innen. Peru hat sehr rasch und beherzt auf die Bedrohung durch die Corona-Krise reagiert, hat Schulen und Flughäfen geschlossen haben und seine Bürger*innen in Hausarrest gesteckt. Jeden Mittag verkündet Präsident Martin Vizcarra zusammen mit seinen Ministern die neuesten Zahlen und Massnahmen im Fernsehen.

Bisher tragen die Peruaner*innen die Massnahmen mit, auch wenn es beträchtliche Opfer kostet. Denn es ist klar, dass angesichts des prekären Gesundheitssystems – ganz Peru hat für seine 32 Millionen Bürger*innen etwas über 500 Intensiv-Betten mit Beatmungsgeräten – es nur darum gehen kann, dass sich möglichst wenig Menschen anstecken.

In der 5. Woche des Lockdowns ist es aber auch angebracht, eine Bilanz zu ziehen, dessen, was gut und dessen, was weniger gut läuft im peruanischen Krisenmanagement.

Positiv:

- Die Regierung gibt ein geschlossenes Bild ab. Martin Vizcarra kommuniziert in der Regel gut und dem Ernst der Krise angemessen.
- Der Gesundheitsminister hat einen medizinischen Krisenstab einberufen, der die besten Fachleute ungeachtet ihrer politischen Couleur vereinigt.
- Das wirtschaftliche Hilfspaket, das gleich zu Beginn verkündet wurde, ist eines der grössten Südamerikas – gemessen am PBI Perus. Zuerst gab es einen Bonus von 90 Euro für bedürftige Familien, nun werden in der 2. Phase Lebensmittelpakete über die Bürgermeisterämter verteilt.
- Das Bildungsministerium hat seinen Unterricht bis Mai auf Online, Fernsehen und Radio umgestellt. Eine enorme und löbliche Anstrengung, die so viele Kinder wie möglich erreicht – mittels Fernseh und Radio auch in den ländlichen Gebieten.
- Die Rolle von Polizei und Militär ist immer kritisch zu beobachten. Ausnahmezustände waren oft in der Geschichte Perus Anlass für Amtsmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen. Auch wenn vereinzelte Missbräuche bekannt wurden, so sehe ich bisher nicht, dass die Demokratie in Gefahr wäre.

- Die Krise bringt auch Kreativität hervor: Angesichts des leergefegten Weltmarktes für Beatmungsgeräte und Schutzkleidung, haben peruanische Ingenieure ein eigenes Beatmungsgerät entwickelt, das im Mai in die Produktion gehen soll.

Negativ:

- So löblich das wirtschaftliche Hilfsprogramm ist: die Kriterien, wer in den Genuss der Hilfen kommt, sind nicht klar. Und vor allem: es ist zu wenig. 70% der Peruaner*innen haben keinen festen Arbeitsvertrag und damit auch kein Einkommen, wenn sie nicht arbeiten. Es mehren sich die Stimmen derer, die jetzt in der 5. Woche keine Reserven mehr haben und richtige Not leiden.
- Die rund 850 000 venezolanischen Migrant*innen kommen nicht in den Genuss der staatlichen Hilfspakete. Die meisten von ihnen leben von dem, was sie täglich verdienen und leiden nun extreme Not.
- So verständlich die drastischen Massnahmen der Ausgangssperre sein mögen: an die Familien mit Kindern hat dabei niemand gedacht. Eine Lockerung, damit vor allem Kinder, ins Freie dürfen, wurde nie angedacht.
- Die Reduzierung der Einkaufszeiten (bis 15 bzw. 16 Uhr), sowie die totale Ausgangssperre an den Feiertagen der Karwoche haben wohl das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt: gerade in den Märkten tummelten sich an den eingeschränkten Öffnungszeiten so viele Menschen, dass diese erst recht ein Ort der Ansteckung geworden sein dürften.
- Indigene Dörfer in den Anden und im Amazonasgebiet schliessen sich nun ab, lassen keine Aussenstehenden mehr rein. Es gibt aber Stimmen, dass viele illegale Akteure (Holzhändler, Goldgräber, Transporteure) die Krise nutzen, um vermehrt ihren illegalen Tätigkeiten nachzugehen. Bisher liegt keine staatliche Strategie vor, um die besonders gefährdeten indigenen Gemeinschaften zu schützen.
- Bestimmte Massnahmen der Regierung haben einseitig den Unternehmenssektor bevorzugt: so dürfen Unternehmen nun ihre Mitarbeitenden befristet ausstellen, und der Bergbausektor darf weiterarbeiten.
- Auch wenn es sich noch um einzelne Vorkommnisse handelt, bei denen Polizei und Militär autoritär bis missbräuchlich handeln. Vorsicht und Bürgerkontrolle sind hier auf jeden Fall angebracht!

Bisher ist der Notstand bis 26. April verlängert worden. Ob die Strategie der Regierung aufgeht, ist mit bisher 230 Covid19-Toten (Stand: 14.4.2020) noch nicht klar. Vor allem die Zunahme der Fälle in den Regionen Lambayeque, Piura und Loreto ist besorgniserregend.

Auf der anderen Seite: Covid19 ist nicht die erste Epidemie, an die sich die Peruaner*innen erinnern. 1991 starben fast 3000 Menschen in Peru an Cholera. Peru hat die Epidemie damals recht gut gemeistert und viele Opfer verhindert. Eine Freundin hat die Coronakrise mit einem

anderen Risiko verglichen, mit dem die Peruaner*innen zu leben gelernt haben: „ Ich sehe die Corona-Krise wie ein Erdbeben. Das einzig wichtige ist, dass Du überlebst“.

Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Mit besten Grüßen aus Lima

Hildegard Willer

2. Neu erschienen: Infoblätter Peru

Die Infostelle Peru drei neue InfoBlätter herausgegeben: **Lebensmittelexporte, Indigenes Wissen, Sprachenvielfalt**. Das Infoblatt zu **Palmoel** wurde neu aufgelegt.

Die Crux an Lebensmittelexporten – das Beispiel Peru

Peru gehört heute zu den weltweit größten Exporteuren von Lebensmitteln. Die Exportproduktion hat eine große wirtschaftliche Bedeutung, aber auch hohe soziale und ökologische Folgen. Die „Crux an den Lebensmittelexporten“ wird an den Beispielen von Spargel, Avocados und anderen Produkten exemplarisch aufgezeigt. Wer sind die neuen Landbesitzer? Wer produziert? Woher kommt das Wasser zur Bewässerung der Plantagen? Wer profitiert? Wann dient die Lebensmittelproduktion auch der einheimischen Bevölkerung? Das InfoBlatt gibt Zahlen, Einblicke und Einschätzungen.

Infoblatt zum Herunterladen [InfoBlatt 02 Lebensmittelexporte Web](#)

Sprachenvielfalt in Peru

48 Sprachen werden in Peru gesprochen, davon 41 in Amazonien. Viele davon sind in Gefahr zu verschwinden. Was tun der peruanische Staat und die Zivilgesellschaft, was tut die internationale Staatengemeinschaft, um die Sprachen zu erhalten? Und warum ist das wichtig? Im InfoBlatt lesen sie über Initiativen und Projekte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, die den Wert der indigenen Sprachen sichtbar machen und sich für deren Erhalt einsetzen.

Infoblatt zum Herunterladen [InfoBlatt 03 Indigene Sprachen Web](#)

Traditionelles indigenes Wissen – das Beispiel Peru

Mit der Eroberung durch die Spanier wurden indigene Wissenssysteme zurückgedrängt und missachtet. Doch im Zuge globaler Veränderungen und der Klimakrise wächst das Bewusstsein, dass die „westliche Welt“ gut daran täte, indigenes Wissen wertzuschätzen und davon zu lernen. Was ist das Besondere an indigenen Wissenssystemen? Wieviel ist noch vorhanden, was ist schon verloren? Was haben wir damit zu tun? Kann es gelingen, indigene und westliche Wissenssysteme

zusammenzubringen? Dazu gibt das InfoBlatt Informationen und Einblicke. Und hoffentlich neue Perspektiven.

Infoblatt zum Herunterladen [InfoBlatt 04_Indigenes Wissen_Web](#).

Infoblatt Palmöl (2. Auflage) zum Herunterladen [InfoBlatt 01 Palmöl 2. Auflage_Web](#)

3. Chronologie der Corona-Krise in Peru

Eine Chronologie aus über 100 Beiträgen in Zeitungen, Sozialen Netzwerken und Mails von Partnerorganisationen, Basisorganisationen, politischen Parteien Bekannten und Freund*innen – und trotzdem ist diese Übersicht nur ein „Schlaglicht“ und keine vollständige Übersicht.

06.03.2020

- Erster Mensch ist in Peru am Corona-Virus erkrankt.

10.03.

- Die am Dengue-Fieber im südlichen Regenwald Erkrankten nehmen zu.

12.03.

- Kritik am Gesundheitsministerium, dass über die Coronagefahren nicht in indigenen Sprachen informiert wird
- Es überwiegen noch die Schlagzeilen, die informieren, was in China oder Italien geschieht.

15.03.

- Peruanische Regierung erklärt den Nationalen Ausnahmezustand und erlässt ähnliche Verbote wie in Europa.

17.03.

- Erste Coronaerkrankung eines Shipibo-Mannes. Er erhält über die sozialen Netze üble rassistische Beschimpfungen bis zu „man soll solche Typen, die uns den Tod bringen, verbrennen“.

- Apostolisches Vikariat im südlichen Regenwald (Pucallpa) stellt alle pastoralen Besuche ein.
- Regierung stellt die Zahlung von 380 Soles (ca. 100 Euro) für alle, die wegen der Ausgangssperre nicht arbeiten können etc., zur Überbrückung in Aussicht
- Heftige Kritik, dass Bergbauunternehmen weiterhin arbeiten können, was durch intensive Interventionen der einflussreichen Industrie- und Handelskammer als Ausnahme genehmigt wurde.
- Große Minenbetreiber wie Antamina erklären, dass alle ihre Arbeiter sicher arbeiten können und sich nicht anstecken
- Erster peruanischer Staatsbürger stirbt in Madrid am Virus.
- Ausgangssperre in Cusco, es werden Bilder von leeren Plätzen und Straßen gezeigt
- Der indigene Dachverband Perus AIDSESEP schlägt Alarm wegen der besonders gefährlichen Situation der indigenen Bevölkerung, in deren Gebieten selbst in normalen Zeiten die Gesundheitsposten kaum ausgerüstet sind.
- Große Proteste der Tourismusbranche, dass die harten Einschränkungen nichts brächten und schlecht fürs Geschäft seien.

18.03.

- Erkrankung eines Führers der Föderation Frenamad, San Martin, nach seiner Rückkehr aus den Niederlanden, wo er gegen die Erdölfirma Pluspetrol protestierte.
- In der nördlichen Regenwaldregion Loreto sind zehn Menschen am Coronavirus erkrankt.
- Lob von Expert*innen und Landwirtschaftsministerium für die familiäre Landwirtschaft gerade in diesen Zeiten

19.03.

- Offiziell gibt es 145 Erkrankte an COVID-19.
- Erste Artikel darüber, dass die Umwelt größter Gewinner dieser Pandemie sei, Luft und Wasser werden sauberer
- Längere Beiträge über den Zynismus der guten Ratschläge wie „immer Hände waschen“, wenn es für viele Menschen z.B. in den trockenen, hügeligen Außenbezirken Limas kein fließendes Wasser gibt. 1000 Liter von Tankwägen kosten bis zu 30 Soles, ca. 9 Euro. Je höher die Menschen dort wohnen, desto weniger Wasser kommt zu ihnen.

- In Cusco wird ein Labor zur Früherkennung des Coronavirus installiert.
- Die Rechnungen für Trinkwasser in den Häusern werden für zwei Monate gestundet.
- Die Organisation der Asháninka am Ene-Fluss, zentraler Regenwald Perus, erklärt, dass sie für ihr Gebiet einen Einreisestopp verhängt hat.
- Mehrere Artikel in Medien, dass das Coronavirus durch US-Soldaten nach China eingeschleppt wurde



• Foto: Andina

20.03.

- Proética (Transparencia in Peru) verlangt dringend, dass die Hilfszahlungen des Staates transparent und seriös eingesetzt werden.
- Die Verantwortlichen in der Nord-Küsten-Region Piura rufen dringend die Bevölkerung auf, die Ausgangsbeschränkungen zu beachten.
- In Lima dringende Aufrufe, trotz der Hitze nicht in Gruppen an den Strand zu gehen
- Zunahme von Berichten über Hamsterkäufe, speziell auch von Toilettenpapier

22.03.

- Verstärkte Kritik, dass das peruanische Gesundheitssystem seit Jahren unterversorgt ist und jetzt kollabieren wird

- Antrag von Mirtha Vásquez (Frente Amplio), dass die Regierung das Arbeiten in Minen endlich untersagt
- Peru hat seine Außengrenzen geschlossen. Ungefähr 3.600 deutsche Touristen, wie auch junge Menschen des „Weltwärts“-Programms warten auf Ausreisemöglichkeiten.
- Verstärkt besorgte Anfragen von Freund*innen aus Peru, wie es uns in Deutschland geht – das unter anderem verursacht durch die Bilder im Fernsehen wie der Transport von Toten in Militärfahrzeugen
- Die Regierung der Region Amazonas schließt alle Straßen und Brücken in ihre Region. Ausnahmen gibt es für Lebensmitteltransporte.
- In Ayacucho (Anden) wird ein Labor zur Früherkennung des Virus ausgestattet.
- Die Direktorin des Krankenhauses in Satipo (zentraler Regenwald) kritisiert Falschmeldungen, dass dort erste Corona-Schwerkranke liegen.
- Bewohner*innen des Armenviertels Cantagallo (Lima) bekommen nur minimal in Eimern Trinkwasser.
- In der südandinen Stadt Juliaca machen ronderos – mit Peitschen in der Hand – Druck auf die Menschen, in ihren Häusern zu bleiben. Die Polizei ist kaum aktiv. Händler nutzen die Situation aus. Reis wird bis zu 100% teurer.
- 95% der Peruaner*innen, so eine neue Umfrage, unterstützen die Regierungsmaßnahmen wie die Ausgangssperre.
- Besorgte Informationen, dass die Corona-Pandemie besonders schlimm für alte Menschen ist, die nicht einmal die Grundrente („Pension 65“) bekommen.

23.03.

- Die ultrareligiöse Partei FREPAP organisierte einen Hilfsflug für arme Menschen aus Lima, die dort „gestrandet waren“ zurück nach Cusco. Einer ihrer Abgeordneten flog mit seiner Familie mit, obwohl er nicht zum Personenkreis gehörte. Die Partei strengte ein Disziplinarverfahren – unter anderem vorläufiger Ausschluss als Abgeordneter – an.
- Nach Lima gibt es die meisten Covid-19-rkrankten in Piura und Iquitos.
- In Lima gibt es die meisten Covid-19-Erkrankten in den Stadtvierteln Santiago de Surco (23) und in Miraflores (20), die wenigsten z.B. im Arbeiter- und Industrieviertel Ate-Vitarte (2) oder in San Martin de Porres (0).

24.03.

- Die Banco de la Nación teilt ihren 600.000 Kund*innen mit, dass die Zahlung des Überbrückungsgeldes von 380 Soles noch nicht erfolgen kann.
- Die Auszahlung fängt an, die Menschen in abgelegenen Gebieten haben – noch – keinen Zugang dazu.
- Von 6.664 kontrollierten Verdachtspersonen sind 395 positiv, 17 sind in Intensivbehandlung.
- Die große Bierfabrik Backus (Lima) kommt dem Verbot vom Verkauf von Bier nach und spendet eine Million Wasserflaschen für Militär und Krankenhäuser.
- 000 Sets zur Verdachtskontrolle sind im Ausland bestellt.
- CARE (Asháninka) kritisiert, dass das Militär weiterhin Autos in ihr Gebiet im zentralen Regenwald am Enefluss fahren lässt.
- 150 in Peru lebende Mediziner*innen aus Cuba erwarten ihre Anerkennung durch Peru, damit sie bei der Corona-Pandemie mithelfen können.
- Die Zahl an Toten durch das Dengue-Fieber nimmt zu, von 50 ist die Rede.
- Heftige Warnungen, keine Fledermäuse zu töten, weil diese das Coronavirus nicht übertragen und wichtig sind
- Die Brücken und Straßen z.B. von Cajamarca in die Region Amazonas sind geschlossen.
- Der Direktor des Krankenhauses in Iquitos (Regenwald) macht drastisch auf völlig unzureichende Ausrüstung für Corona-Erkrankte aufmerksam.
- Mehrere Zeitungsbeiträge: Die Corona-Pandemie trifft auf ein Gesundheitssystem in Peru im Kollaps-Zustand.
- Zur wichtigen Vorsorge „oft Hände waschen“ gibt es Beiträge wie: Drei Millionen Peruaner*innen haben keinen Zugang zu fließendem Wasser
- Die Regionalregierung von San Martin kauft für eine Million Soles Schutzkleidung und Materialien für Ärzte und Krankenschwestern.
- Eine Bürgerschutztruppe in Tambogrande (Piura) züchtigt Jugendliche, die zu mehreren Fußball spielen.
- In der Andenregion Abancay gehen Hunderte von informellen Händlern ihrer Tätigkeit nach.
- Einige Dörfer in der Andenregion Apurímac richten Straßensperren ein und lassen keine Fahrzeuge mehr durchfahren.
- Die erste Krankenschwester stirbt in Lima am Coronavirus.

- Der evangelikale Pastor Orestes Pompeyo, Abgeordneter der rechten Partei Podemos Peru, bringt einen Gesetzesentwurf mit anderen Abgeordneten ein: einen Nationalen Gebetstag einzuführen, erstmals in der Corona-Zeit im April 2020.

25.03.

- Erneute Warnungen, dass die sogenannten nichtkontaktierten Indigenen gegenüber COVID-19 besonders stark gefährdet sind und diese auslöschen könnten
- Stand der Coronaerkrankten in Peru: 480
- Die Kongressabgeordnete Martha Chávez (früher bei der Fujimori-Partei) schimpft: Präsident Vizcarra nutze den Kampf gegen COVID-19 nur, um ewig im Amt bleiben zu können.
- Zum Thema „Hände waschen“: Die Bewohner*innen der südlichen Küstenstadt Chincha haben seit zwei Monaten kein fließendes Trinkwasser und waschen die Wäsche in Rinnsälen.
- Die Ausgangssperre wird jetzt von 135.000 Polizist*innen, 60.000 Soldat*innen und 30.000 kommunalen Ordnungshüter*innen kontrolliert.
- Die zentrale Corona-Informationszentrale wird von 1.200 Mitarbeiter*innen betreut und erhält täglich bis zu 80.000 Anrufe.

26.03.

- Die Zahl der Coronafälle ist auf 480 gestiegen, neun Tote sind zu beklagen.
- Ungefähr 11.000 Personen wurden angezeigt, weil sie ohne wichtigen Grund die Ausgangssperre nicht beachtet haben.
- Die Auszahlung des Überbrückungsgeldes in Höhe von 380 Soles beginnt. Zunächst wird an Frauen zwischen 18 und 60 Jahren, die in der Liste der Berechtigten aufgeführt sind, in den Städten ausgezahlt.
- 40% der Frauen in der ländlichen Region von Ayacucho (Anden) erklären, dass sie aufgrund der Ausgangssperre körperliche Gewalt erleiden.
- Diskussion in sozialen Medien: Die durch die Krise entstandene bessere Luft in Lima muss als Ansporn dafür dienen, dass nach Ende der Pandemie nicht der frühere schlimme Zustand wieder eintritt
- Wichtige Regierungsmaßnahme: Alle Distrikte (Landkreis-Bürgermeisterämter) erhalten zwischen 200.000 und 600.000 Soles Unterstützung für den Ankauf und die Verteilung von Lebensmitteln an bedürftige Familien.

- Aus vielen Städten (Küste, Anden, Regenwald) kommen Klagen, dass sich Grundlebensmittel und Atemmasken um bis zu 100% verteuern.
- Basisorganisationen fordern dringend: Weil die politische Klasse in Peru weiterhin zum großen Teil korrupt ist, müssen Ankauf und Verteilung der Lebensmittel jetzt transparent und korrekt laufen. Gefordert wird die Einrichtung von Komitees zur Mitsprache mit Teilnehmenden wie Stadträte (concejos – auch aus anderen Parteien als denen der Bürgermeister), Friedensrichter*innen, Frauenkomitees, Dorfräte etc.)
- Die Gesundheitsministerin empfiehlt, die Schuhsohlen zu desinfizieren.
- Die Ausgangssperre wird um zwei Wochen bis zum 12.04.20 verlängert.
- Indigene Organisationen wie ORPIO (Oriente, Loreto) oder FANAMAD (San Martín) fordern, dass indigene Familien in die Liste der Berechtigten für die Auszahlung des Überbrückungsgeldes eingetragen werden.
- Indigene Organisationen fordern, dass die Gesundheitsposten mit Personal besetzt und besser ausgerüstet werden.
- Private PKW's, die auf Straßen zur Provinz Atalaya (Ucayali) mit Lebensmitteln unterwegs waren, wurden unterwegs von Menschen aus den kleinen Colono-Siedlungen überfallen. Die Lebensmittel wurden ihnen weggenommen.
- Im Krankenhaus in Bambamarca (Anden, Cajamarca) fehlt die Schutzkleidung. Die einfachen Schutzmasken die früher bis zu umgerechnet 3,50 Euro kosteten, kosten jetzt 56 Euro und die besseren, bisher 15 Euro kosten, jetzt bis 250 Euro.
- Auch hier sind alle Zufahrtsstraßen gesperrt. Der große Sonntagsmarkt, sonst mit tausenden Händlern und Bauern bestückt, ist leergefegt.
- Die staatlichen Zuschüsse betragen zum Beispiel 330.000 Soles im Distrikt Rio Negro (Zentraler Regenwald, Provinz Satipo) oder auch 650.000 Soles im größeren Distrikt Rio Tambo (Provinz Satipo).

27.03.

- Bewohner*innen von Tampe (Provinz Condorcanqui, Region Ucayali) fertigen Masken aus den Blättern der biajo (worin sonst Lebensmittel eingewickelt werden) und setzen auf totale Quarantäne.
- Wegen der zahlreichen Coronafälle (36) in der Region Loreto (Iquitos) verfügt die Regionalregierung eine Ausgangssperre von 12 Uhr bis 5 Uhr früh.
- Der Verbund der Kleinbauern fordert angesichts der Gelder für Lebensmittel-Käufe für die Distrikte, dass diese vorrangig für regionale Lebensmittel eingesetzt werden.

- Das Kultusministerium (Vizeministerium für Interkulturalität) verbietet jegliches Betreten der Gebiete, in denen Indigene leben, die in freiwilliger Isolation leben (sog. Nicht-Kontaktierte). Ausnahmen: wenn sie der Gesundheit und Sicherheit dieser BewohnerInnen dienen.

28.03.

- Die Hilferufe in sozialen Netzen und an Zeitungen „wir brauchen Unterstützung“ werden immer dramatischer. Besonders betroffen sind alle, die im sogenannten Informellen Sektor arbeiten, sogenannte Selbständige wie Taxifahrer, Putzfrauen, Straßenhändler*innen, Tagelöhner etc.

31.03.

- Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH) kritisiert Peru für das Gesetz, wodurch Ordnungskräfte nicht in Untersuchungshaft genommen werden können, auch wenn sie jetzt Menschenrechte in Ausübung ihrer „Corona-Aufsichtspflicht“ verletzen.
- Botschaften von Schamanen an die Töchter und Söhne in Europa: wir hier haben unsere Pachamama, die uns beschützt. Wir haben hier im Regenwald keine Angst. Der Virus ist schnell wieder weg. Habt keine Angst...
- Auch die Organisation der Achuar hat den Zugang zu ihren Territorien abgeriegelt. Das gilt auch für Händler oder Erdölfirmen wie Geopark, Petroperu, Pluspetrol etc.
- Die früheren Sportunterkünfte Villa Panamericana im Distrikt Villa El Salvador sollen zu einem großen Ersatzkrankenhaus mit bis zu 3.000 Betten hergerichtet werden.
- In der Regenwaldregion Loreto sterben die ersten zwei Menschen am Coronavirus.

01.04.

- Die Zahl der an COVID-19 Erkrankten ist auf 1.065 gestiegen, 30 sind gestorben.
- Verstärkte Diskussionen, was Polizisten und Militärs bei Durchsetzung der Sicherung der Ausgangssperre „dürfen“.
- General Cesar Astudillo: Die Wilden, die die Ausgangssperre nicht einhalten, sind schwer zu bändigen. Wenn wir Waffen einsetzen müssen, machen wir das auch.

- Aussagen evangelikaler Prediger: Dieser tödliche Virus entsteht aus dem Bösen. Er erreicht Dich nur, wenn Du in diesem Umfeld unterwegs bist.
- Martha Chavez: Der neue Gesundheitsminister verteilt jetzt Pillen gegen Lungenkrankheiten. Später verteilt er über die Fanatiker*innen der Genderideologie die „Pille danach“ an junge Mädchen.
- In Lima, einer der schmutzigsten Großstädte Lateinamerikas, hat sich die Luftqualität während der Ausgangssperre um 58% verbessert.
- Mehrere Beiträge in Zeitschriften: Wir können nach Corona nicht zur bisherigen „Normalität“ zurückkehren, denn diese ist und war das Problem.
- Die Regionalregierung von San Martin schließt ihre „Grenzen“ und bittet das Militär, diese zu sichern, denn die bisherigen Corona-Kranken seien alle von außerhalb der Region gekommen.
- Ein dritter Minenarbeiter (von Antamina) ist am Virus erkrankt.
- In Tarapoto (San Martin) wird das Tierkrematorium der dortigen Universität für das Verbrennen von an Covid-19 verstorbenen Menschen vorbereitet.
- Die Bewohner*innen der Uros (Inseln im Titicacasee) sind besorgt: Eine Besucherin aus Italien wurde positiv auf Covid-19 getestet.
- Immer mehr Indigenen-Organisationen fordern: Lieferung von Basis-Lebensmittel statt Auszahlung von Geld, auch, weil der Zugang zu Banken nicht möglich ist.
- Der Dachverband indigener Organisationen im Amazonasgebiet COICA fordert von der Regierung Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionsgefahr: Informationskampagnen in indigenen Sprachen, Ausbau des Gesundheitssystems, bessere Überwachung der Öl- und Bergbauunternehmen sowie Holzfäller, bessere Koordination mit den indigenen Organisationen
- Vertreter*innen von Kunsthandwerker*innen fordern, dass auch sie Anspruch auf das Überbrückungsgeld von 380 Soles erhalten. Dies sei bisher nur bei wenigen der Fall.

02.04.

- Die peruanische Regierung ordnet Maskenpflicht an, in großen Geschäften immer noch für 1,50 Soles erhältlich.
- Der Ausnahmezustand wird bis zum 12. April verlängert.
- Nach Lima verzeichnet die Region Loreto am meisten Corona-Infizierte (77 registrierte Fälle).

- Ungefähr 200 Angehörige der indigene Völker Awajún y Wampís, die in Lima leben, befinden sich in einer sehr kritischen Lage. Sie haben keinerlei Einkünfte mehr. Nur zwei Familien haben das Überbrückungsgeld von 380 Soles erhalten.
- Diskussionen darüber, dass jetzt die Zeit für die Einführung des Grundeinkommens gekommen sei.
- Proteste der Confederación Nacional Agraria, weil das Überbrückungsgeld nicht für Campesino-Familien gilt.
- Der Dorfrat von Cuninicos, acht Stunden Flussfahrt von der Stadt Iquitos entfernt, lässt keine Fremden mehr in das Dorf als einzige Sicherheit vor dem Virus.
- Der indigene Dachverband AIDSESEP fordert von der Regierung einen Sonderplan für das Amazonasgebiet und die indigenen Gemeinden, da die staatliche Unterstützung bisher nur die städtische Bevölkerung erreicht hat. AIDSESEP bietet zur Organisation der Hilfen die Infrastruktur seiner Mitgliedorganisationen an. Die indigenen Gemeinden fordern Atemschutzmasken und Lebensmittel.

03.04.

- Ab heute gelten verschärfte Ausgangsbeschränkungen: Jetzt dürfen montags, mittwochs und freitags nur noch Männer für Einkäufe und dringende Besorgungen auf die Straße, dienstags, donnerstags und samstags nur Frauen. Sonntags gilt eine absolute Ausgangssperre. Ausnahmen für systemrelevante Arbeiten. Daraufhin gibt es auch viele Witze in sozialen Netzen. Eine Frauengruppe aus Chiclayo (Nordküste) schrieb: Prima, dann sind die Männer mal wenigstens eine Zeit lang außer Haus.
- 1,4 Peruaner*innen haben bisher das Überbrückungsgeld von 380 Soles erhalten. An weitere 1,3 Mio. soll es in den nächsten Tagen ausgezahlt werden.
- Die Regierung überlegt, das Überbrückungsgeld auch an Kleinbauern und –bäuerinnen sowie an Kunst- und Kulturschaffende auszuzahlen.

04.04.

- Die Frauenministerin informiert: Während der Zeit der Ausgangssperre haben 5.418 Frauen das Nottelefon angerufen und um Hilfe wegen gewaltsamer Übergriffe gebeten. 528 Frauen und Kinder sind in deshalb in stationärer Behandlung (Servicio de Atención Urgente), davon 43 wegen Vergewaltigung, 27 davon sind Kinder.
- Laut Wirtschaftsministerium werden 30 Milliarden Soles (8,8 Mrd. Euro) für 350.000 Unternehmen, vor allen kleinere mit weniger als zehn Arbeiter*innen als günstigen Kredit vergeben.

- Regierungsbeschluss: Firmen können ihre Produktion bis 90 Tage aussetzen ohne Löhne zu zahlen.

05.04.

- Die ersten Gefangenen und Wärter mit Verdacht auf Corona-Ansteckung werden aus dem Gefängnis in Callao gemeldet. Dieses Gefängnis ist für 572 Gefangene gebaut, 3.200 Menschen sitzen aktuell ein.
- Mitarbeiter*innen im medizinischen Bereich sollen – während der gesamten Corona-Pandemiezeit – 720 Soles als Sonderzahlung bekommen.

06.04.

- Ab heute bieten die Schulen online-Unterricht an. Die Lehrgewerkschaft SUTEP bemängelt, dass die technischen Voraussetzungen und Kenntnisse hierfür nicht vorhanden seien. Ab dem 4. Mai soll wieder normaler Schulunterricht stattfinden.
- Das Landwirtschaftsministerium verkündet, dass sich z.B. der Export von Avocados trotz Corona in den ersten drei Monaten 2020 nochmals erhöht hat, auf 36.412 Tonnen. Es betont, dass die Packer*innen alle Atemmasken benutzen.

07.04.

- Die Zahl der Infizierten ist auf 2.954 gestiegen, 107 Menschen starben an Covid-19.
- Die Ausgangssperre wird bis zum 28.4. verlängert. Gründonnerstag und Karfreitag gilt absolutes Ausgehverbot.
- Der leitende Arzt des Krankenhauses in Iquitos bemängelt, dass sie mindestens 15 Atemmaschinen brauchen, aber nur sieben haben.
- Mitarbeiter*innen im Gesundheitsdienst im Regenwald von Loreto beklagen, es gebe keine wirklichen Testmöglichkeiten. Sie haben Utensilien für zehn Tests. Diese müssen in fünf Bootsstunden nach Iquitos gebracht werden, dann wird das für neue Tests wieder zurückgenommen. Für eine Hinfahrt werden mit dem Boot 180 Gallonen Diesel benötigt, die 2.700 Soles (ca. 280 €) kosten.
- Diverse Bauernorganisationen fordern dringend – unterstützt von Abgeordneten von Frente Amplio, umgehend Produkte von Kleinbauern für die Lebensmittelverteilung zu kaufen. Diese vergammelten auf den Feldern, weil sie nicht verkauft werden dürfen.

4. Die Polizei in der Coronakrise

Die peruanische Regierung hat sehr schnell und mit strengen Maßnahmen auf die Corona-Pandemie reagiert. Seit Mitte März 2020 herrscht Ausnahmezustand mit Ausgangssperre, die Grenzen sind geschlossen. Gleichzeitig wurden Verbesserungen im Gesundheitssystem geplant. In diesem Kontext spielt die Polizei eine wichtige Rolle. Deshalb im Folgenden ein Blick auf die peruanische Polizei in der Corona-Krise.

Viel Arbeit und schlechte Arbeitsbedingungen

Oft fällt es der Bevölkerung schwer, ein Gesetz zu befolgen. Das ist überall auf der Welt so, insbesondere dann, wenn das Gesetz vorschreibt zu Hause zu bleiben und nur zu wenigen notwendigen Tätigkeiten das Haus zu verlassen. Die Einhaltung der Ausgangssperre für eine Bevölkerung von mehr als 32 Millionen Menschen umfassend zu kontrollieren, schafft die peruanische Polizei alleine nicht. Deshalb erhält sie nach dem Notstandsgesetz (Decreto Legislativo 044-2020-PCM und 051-2020-PCM) zu diesem Zweck Unterstützung durch das Militär.

Die neue Lage bedeutet für die Polizei viel Arbeit für Aufgaben, die nicht zum Bereich der Kriminalitätsbekämpfung gehören. Während vor Corona-Krise Hauptthema der peruanischen Presse in den Polizeimeldungen die Themen Migration und Kriminalität waren, beschäftigen sich die Journalist*innen zurzeit stark mit der Missachtung der Ausgangssperre. Die Zahl der Verstöße gegen die Regeln des Ausnahmezustands ist hoch: Laut einer [Pressemitteilung](#) des Innenministeriums vom 28. März hat die Polizei in zwölf Tagen 26.362 Personen festgenommen. Das heißt aber nicht, dass die Polizei nur noch damit beschäftigt ist. Die anderen Aufgaben bestehen ja weiterhin.

Corona-Opfer unter den Polizeibeamten

Die Arbeitsbedingungen sind der neuen Lage nicht angepasst. Es gibt schon erste Opfer des Coronavirus unter Polizeibeamt*innen. Laut Berichten waren am 10. April 120 Polizist*innen positiv auf COVID-19 getestet, vier sind an der Krankheit gestorben. Da nur wenig getestet wurde, sind die Zahlen ungenau. Das Polizei-Hauptkrankenhaus in Lima ist seit Jahren in einer kritischen Lage, wie Journalisten von El Comercio berichten (siehe [Reportage](#)). Darauf reagierte die Regierung aber schnell und eröffnete das neue Polizeikrankenhaus, das seit langem im Bau war (siehe [Pressemitteilung](#)). Obwohl die Gesundheitseinrichtungen für Polizeibeamt*innen insbesondere außerhalb der Hauptstadt nicht auf die Pandemie vorbereitet waren, haben sich ihre Kapazitäten immerhin verbessert.



Foto: Andina

Die Gefahr von Gewaltexzessen

Seit Beginn der Ausgangsperre sind Fälle von Missbrauch von Polizeigewalt bekannt geworden. Viele Fälle wurden sogar im Internet verbreitet. Es gibt es aber kein Register, das einen Vergleich der Situation vor dem Ausnahmezustand mit der jetzigen Lage ermöglichen würde. Aber es ist zu vermuten, dass eine stark von autoritärer Tradition geprägte Polizei in Stresssituationen vermehrt mit Gewalt reagiert.

In diesem Zusammenhang handelte das neu gewählte Parlament verantwortungslos, als es Ende März das Gesetz Nr. 31012 beschloss. Dieses Gesetz schwächt das gute und demokratische Gesetz über die Ausübung von Polizeigewalt aus dem Jahr 2015 und verbietet generell die Untersuchungshaft für Polizist*innen, die Gewalt ausgeübt haben. Weitergehende Analysen dieses Gesetzes sind in der spanischsprachigen Revista Idee (siehe [hier](#)) oder auf Englisch in Due Process of Law Foundation (siehe [hier](#)) nachzulesen. Zum Glück gab es in Peru kritische Stimmen gegen das Gesetz: von Menschenrechtsorganisationen, einigen Abgeordneten und sogar der [Regierung](#).

Es gibt zu diesem Thema auch einen neuen Aspekt: Anfang April 2020 wurde das Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes im Fall „Azul gegen Peru“ (siehe [Pressemitteilung](#)) veröffentlicht. Azul Rojas Marin ist eine LGBTI-Person, die 2008 Opfer von Polizeigewalt wurde. Sie wurde vergewaltigt und gefoltert. Natürlich hat der peruanische Staat den Prozess verloren. Dieses Urteil ist aktuell von großer Bedeutung. Denn die Ausnahmen für die Ausgangsperre, z.B. Lebens- oder Heilmitteln einzukaufen, waren eine Woche lang nach

Geschlechtszugehörigkeit verteilt: Montags, mittwochs und freitags durften nur Männer außer Haus gehen und dienstags, donnerstags und samstags nur Frauen. Da Homophobie und Transphobie unter Polizeikräften stark verbreitet sind, sind sowohl dieser Spruch des Gerichtshofs als auch die Stellungnahme des [Präsidenten](#) und des Ministers für Gendergerechtigkeit notwendig. Sogar der konservative Innenminister sagte: „Wenn eine Person wie eine Frau aussieht, dann ist sie eine Frau.“ (siehe [Interview](#)).

Zusammenfassend ist die Rolle der Polizist*innen in Peru zurzeit nicht leicht. Auf der einen Seite haben sie in der Krise neue Prioritäten und Aufgaben, aber nicht die dafür notwendigen Arbeitsbedingungen. Auf der anderen Seite sind die gesetzlichen Richtlinien immer noch eine Kampfarena zwischen autoritären und demokratischen Kräften, obwohl die Gefahr des Gewaltmissbrauchs durch Polizist*innen im Ausnahmezustand hoch ist.

César Bazán

5. Leben mit Ausgangssperre: Stimmen und Erfahrungsberichte

In Auszügen geben wir hier Stimmen und Zeugnisse wieder, die uns aus verschiedenen Teilen Perus erreicht haben.

PUNO

Die jungen Eheleute **Alvaro und Maria** sind, wie viele andere auch, dazu übergegangen, in den Strassen von Puno selbstgeähte Masken zu verkaufen. Alvaro ist Taxifahrer und gehört damit einer der Branchen an, deren Verdienst vom einen auf den anderen Tag vollkommen zusammengebrochen ist – auch Taxidienste sind bis auf wenige Ausnahmefälle untersagt. «Wir haben zwei kleine Kinder und mussten uns auf die Schnelle überlegen, was wir tun können, um zumindest die minimalsten Lebenskosten decken zu können», sagt Maria. «Mit dem Maskenverkauf nehmen wir zurzeit maximal 20 Soles pro Tag ein.»

Jose aus Arapa/Puno

«Bei uns in der Region kommt dazu, dass es sehr kompliziert geworden ist, aus den Gemeinden überhaupt zum Markt in Arapa oder Azángaro zu kommen. Öffentliche Kleinbusse gibt es auf Grund der Restriktionen nur noch zwei Mal pro Woche, und wer mit dem eigenen Fahrzeug unterwegs ist, muss die Polizei- und Militärkontrollen passieren, was für viele ein Problem ist, da ihre Fahrzeugpapiere nicht aktuell sind.» Dazu kommt, dass die lokalen Märkte ausserhalb der grossen Städte genau aus dem gleichen Grund teilweise nicht mehr beliefert werden können. Faktisch wird es also in den ländlichen Gebieten immer schwieriger, sich mit Nahrungsmitteln

einzudecken, und die Menschen ernähren sich von dem, was sie selber anbauen: Kartoffeln, Chuño, Bohnen oder Quinoa. «Zum Glück ist gerade Erntezeit, doch wenn die Quarantänemaßnahmen noch weiter verlängert werden sollten, wird die Versorgungssituation auch hier langsam prekär. Die Regierung sieht nur die Realität in Lima. In der Hauptstadt ist es vielleicht möglich, die Lebensmittelpreise stabil zu halten, aber auf den lokalen Märkten hier werden Gemüse und Obst zunehmend teurer. Karotten zum Beispiel kann man hier nur noch pro Kilo kaufen, «nicht mehr wie früher pro Pfund oder Halbpfund.»



(Testimonios aus Puno: Nicole Maron)



Aymara-Frau mit Mundschutz in Puno; Foto: Nicole Maron

LIMA – CERRO DE PASCO

„Ich wurde von der Ausgangssperre überrascht, als ich vor dem Gesundheitsministerium für unsere Kinder protestierte. Wir sind drei Familien aus Cerro de Pasco, deren Kinder aufgrund der Schwermetallbelastung schwer erkrankt sind. Wochenlang haben wir deswegen vor dem

Gesundheitsministerium campiert und tatsächlich erreicht, dass fünf Kinder für eine Spezialbehandlung nach Argentinien geschickt würden. Heute, am 13. April, hätte ich mit meiner Tochter Esmeralda nach Buenos Aires fliegen sollen. Aber nun sitzen wir seit 4 Wochen in Lima fest. Wir sind bei Freunden im Stadtteil San Juan de Lurigancho untergekommen, aber meine Familie, mein Haus ist in Cerro de Pasco. Ich bekomme als selbständiger Maurer keine Hilfe vom Staat, und habe jetzt keine Einnahmen, um die nötigen Medikamente für meine Tochter zu kaufen“

Simeon Martin aus Cerro de Pasco

(Erfahrungsbericht eingeholt von Hildegard Willer)

ZENTRALER REGENWALD

Liebe Freundinnen und Freunde in München

Wie Ihr wisst, hat unsere Regierung den rigorosen Ausnahmezustand bis 12. April 2020 verlängert. Das bedeutet, dass auch keine Fahrten auf den Flüssen stattfinden dürfen. Zu unserem besten Schutz vor Ansteckungen haben wir als CARE beschlossen, dass wir die Zugänge zu unserem Territorium am Enefluss abgesperrt haben. Rechte Politiker und Juristen machen Druck und schreiben, dass das gegen die Verfassung ist. Das stimmt nicht. Wir beziehen uns zum Beispiel auf die ILO-Erklärung 169, Artikel 18, die uns das Recht dazu gibt. Das Militär soll die Einhaltung der Ausgangssperre überwachen. Leider geben sie noch vielen Autos eine Sondergenehmigung, dass sie durch unser Gebiet fahren, von Satipo nach Pichari (Region Cusco). Das wird noch Probleme mit unserem Verteidigungs-Komitees geben. Bisher gibt es noch keine am Coronavirus Erkrankte Menschen in unserem Territorium. Wie wir mit bekommen, gibt es in der Nachbarregion Loreto wohl schon 20 Menschen die am Coronavirus gestorben sind. Eine Ansteckung wäre fatal. Wir haben ja früher schon schlimme Erfahrungen wie mit der Grippe, Cholera, Hepatitis oder dem Denguefieber gemacht. Über 90% der Menschen leiden bei uns an Mangelernährung und Blutarmut, besonders die Kinder sind betroffen. Bei uns gibt es ganz wenige, einfache Gesundheitsposten mit geringster Ausstattung. Unsere Komitees zur Selbstverteidigung sind aktiv und werfen die Menschen die von außen jetzt kommen (auch Touristen oder Ethnologen) „raus“. Das ist die einzige Möglichkeit, damit wir uns vor Ansteckungen schützen, weil wir als Indigene besonders gefährdet sind. Wir müssen jetzt schauen, dass wir die Leute von der Kokainmafia und illegalen Holzfäller raus bekommen. Das geht aber nur mit Hilfe des Militärs, denn die sind mit Gewehren und Pistolen ausgerichtet und haben schon früher mehrere Leute von uns getötet. Ein großes Problem ist, dass die zugesagte Unterstützung (Lebensmittel Masken etc.) uns nicht erreicht. Die Todesdrohung gegen mich von der Kokainmafia, wie ich früher mitgeteilt habe, ist immer noch vorhanden.

Ich bin jetzt in meinem Dorf in Quarantäne und kann nicht in die Provinzstadt Satipo fahren um Druck zu machen, dass uns die staatliche Hilfe erreicht. Ich mache Schluss um Energie für meinen Laptop zu sparen.

(Angel Pedro Valerio, Präsident von CARE – Central Asháninka Rio Ene), 30.3.20

Aus Rio Negro und Satipo

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir berichten etwas aus unserer Situation hier aus dem Distrikt Rio Negro in der Provinz Junin.

Die Ausgangssperre wird rigoros durchgesetzt, mit Polizei und Militär auf den Straßen und an den Flüssen. Jetzt ist das noch verstärkt worden, auch wohl, weil Leute in den nördlichen Küstenstädten wie Piura sich nicht daran gehalten haben – so wird es im Radio gesagt – und Montag-Mittwoch-Freitag dürfen nur die Männer raus, an den anderen Tagen die Frauen und am Sonntag niemand. Die Schulen sollen jetzt elektronisch anfangen, aber nicht alle Familien haben einen Zugang zum computer.

Die Situation in den indigenen Dorfgemeinschaften ist sehr, sehr schwierig. Die große Sorge ist, dass sich hier Menschen anstecken. Das wäre fatal. Die wirtschaftliche Situation ist auch ganz schlimm. Die Menschen aus den kleinen Siedlungen dürfen auf keinen Fall in die Stadt; um auf dem Markt zum Beispiel ihren Kakao oder Bananen zu verkaufen um sich damit Reis oder Öl zu kaufen. Die Ansteckungsgefahr ist zu groß. So haben sie auch kein Geld um etwas zu kaufen. Die Regierung verlangt inzwischen auch, dass alle in der Öffentlichkeit einfache Gesichtsmasken tragen müssen. Einige machen sie jetzt aus Blättern. Wir hatten unseren Provinzbürgermeister schon vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht, den Frauen, die mit Nähmaschinen Kleidung machen – auch in den indigenen Dörfern –, den Auftrag zu geben, jetzt Schutzmasken herzustellen und diese kostenlos an die Menschen im Regenwald zu verteilen. Aber der Bürgermeister schaut nur auf die Menschen in der Provinzhauptstadt Satipo. Inzwischen sind erste Autos mit Lebensmittel, die in Satipo eingekauft und im Regenwald teurer verkauft werden sollten, überfallen und ausgeraubt worden.

Die Situation in unserem Provinzkrankenhaus war schon immer schlimm. Jetzt wurde ein kleiner Junge mit einem Knochenbruch nicht aufgenommen, weil man Betten für mögliche Coronafälle frei halten will. Das wird nicht offiziell gesagt, ist aber die Richtung.

Unser Projekt: „Lebensmittelbrücke“, was über Euch von Menschen aus Deutschland großzügig und brüderlich unterstützt wird, bringt Grundnahrungsmittel und Seife dorthin, wo die öffentliche Unterstützung nicht hinkommt. Der Transport läuft, wo nötig, mit offizieller Begleitung. Wir haben das mit dem Dachverband der indigenen Organisationen ARPI abgesprochen und vorrangig

werden die Ashaninkasiedlungen unterstützt, die vor Neusiedler-Siedlungen umgeben sind und ganz wenig Land haben und sich sonst als Tagelöhner bei diesen verdingen. Das geht jetzt auch nicht. Es gibt das Projekt zur Auszahlung einer Überbrückungshilfe von 380 Soles (Anmerkung: etwas über 100 €) pro Familie. Das läuft aber sehr chaotisch, viele Familien in den Regenwalddörfern bekommen das nicht und es ist wohl besser, dass sie notwendige Lebensmittel bekommen, weil zum Geld abholen müssten sie auch in die Stadt zur Bank. Eure Idee, der indigenen Bevölkerung, die an den Schutzgebieten (Anmerkung: Nationalparks) leben für eine gewisse Zeit erlauben, dort zu fischen, jagen und Früchte zu sammeln, geben wir an unsere Regionalregierung weiter. Das wäre eine gute Sache.

Die Regierung hat auch den Distrikten (Landkreisen) Geld zur Verfügung gestellt, um damit Lebensmittel zur Verteilung aufzukaufen. Wir sind stark damit beschäftigt, dass sich dazu eine gemischte Kommission bildet, damit das Geld, wenn es denn läuft, richtig eingesetzt wird und nicht irgendwohin verschwindet.

Viele Grüße Jhenny Munoz Hilares, IMPERITA, Rio Negro, 4.4.2020

LIMA – VILLA EL SALVADOR

„Uns geht es gut. Wie halten die Quarantäne so gut es geht ein und halten uns an die Vorschriften. Nur meine Mutter verlässt das Haus, um einzukaufen, denn nur eine Person pro Familie darf ausgehen. Aber es ist schwierig, denn wir können nicht raus, um uns zu bewegen, der Tag wird so lang, und wir speichern viel Energie an, die wir nicht verbrennen können. Ich z.Bsp. schlafe schlechter, wache früh morgens oft auf. Hoffentlich ändert sich das bald“ .

Yajaira (22) aus Lima – Villa El Salvador

CAJAMARCA

Liebe Brüder und Schwestern.

Ich freue mich, diese Zeilen in einer schwierigen Zeit mit dieser globalen Pandemie für unser wie euer Land schreiben zu können.

Wir leben mit unseren Familien „zurückgezogen“, wir haben bereits die dritte Woche der Isolation und ab heute wird die Ausgangssperre verlängert von 18 Uhr bis 5 Uhr des folgenden Tages. Das liegt daran, weil viele Peruaner die Isolation nicht annehmen und sich mit Sport, Partys u. a. beschäftigen, wo dieser Virus verbreitet werden kann. Nur in den Regionen Piura, Lambayeque, Libertad und Loreto, gilt die Ausgangssperre schon ab 16 Uhr.

Die religiösen Aktivitäten sind ebenfalls eingeschränkt. Ich bin in Tembladera und nutze die Isolierung, um einige Bücher zu lesen und Themen vorzubereiten, die möglicherweise in der Gemeinde-Pastoral im Lauf des Jahres verwirklicht werden. Der Unterricht könnte im Mai beginnen. Einige Schüler aus der Stadt nehmen virtuellen Unterricht. Viele fragen uns: Was ist mit den Schülern auf dem Land?

Seit diesem Monat regt sich auch Caritas Cajamarca, deren Chef ein Priester der Nachbar-Prälatur von Chota ist. Wir hoffen, dass er den Ärmsten der Diözese dient.

Im Moment ist unsere Gemeinde wie gelähmt. Die Bevölkerung Tembladeras misst diesem Übel kaum Bedeutung zu. Aktivitäten werden so ausgeführt, als ob nichts passiert wäre, es gibt kein Bewusstsein für das Ausmaß dieser Krankheit. Deshalb bat der Bürgermeister um die Mithilfe der Rondas (gewählte Dorfvertreter) und der Armee zur Durchsetzung behördlicher Vorschriften. Ich muss darauf hinweisen, dass von der Einstellung aller Aktivitäten am stärksten kleine Händler und Arbeiter betroffen sind, die Tag für Tag arbeiten um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Die großen Unternehmen – wie die Pharmaindustrie – trifft es nicht. Es gibt weder Schutzmasken, Alkohol, Wasserstoffperoxid, noch Toilettenpapier und die Preise steigen.

Ich hoffe wir können alle aus dieser globalen Pandemie herauskommen, die uns nicht nur im Negativen verbindet, sondern auch die gegenseitige Abhängigkeit von einander zeigt. Sie zeigt uns neue Aspekte unserer Verbindung und führt zu mehr Sensibilität.

Im Gebet und in der Solidarität vereint, hoffe ich, von euch zu hören.

Seit vielen Monaten habe ich keine Nachricht von euch, ich weiß nicht, was passiert ist. SCHREIBT UNS WIR WARTEN DARAUF!

Pater Segundo

Cajamarca, 1. April 2020

Liebe Freundinnen und Freunde.

Der Ausnahmezustand hat sich verschärft, da Infektionen und Todesfälle landesweit zunehmen. In Cajamarca haben wir bereits zwei Infizierte. Eine in der Hauptstadt und die zweite in der Provinz Jaén.

Da die Pandemie weiter zunimmt, hat die Regierung die Kontrolle verstärkt und den Beginn des Schuljahres auf den 4. Mai verschoben. Der Staat bietet ab Montag, dem 6. April, Fernunterricht im Internet, Radio oder Fernsehen an. Das Problem für viele Schüler, einschließlich derer aus Apalín, ist, dass sie keinen Zugang zu digitalen Medien haben oder nicht wissen, wie sie diese

zum Lernen verwenden sollen. Auf der anderen Seite konnte das Bildungsministerium die Bildungsinhalte noch nie entsprechend den Bedürfnissen der Schüler der verschiedenen Regionen und peruanischen Gemeinden kontextualisieren.

Für Schüler wie die in Apalín hat das peruanische Bildungsministerium noch keine Antwort.

Die Lehrer von Apalín haben sich darauf geeinigt, selbstlernende Aktivitäten zu planen, die zu Hause durchgeführt werden und dann zu uns zurückkehren. So unterstützen wir das Lernen, um den Bildungsbedürfnissen der Schüler gerecht zu werden.

Gestern war ich in Apalín, alles läuft reibungslos und es gibt keine Ansteckung. Die Bevölkerung selbst ist verängstigt und besorgt, weil sie nicht mehr so leben kann wie zuvor. Es gibt jedoch Familien, die es so erleben, als wäre nichts passiert, weil sie es gewohnt sind, auf ihren Feldern zu leben und zu arbeiten. .Protestanten nutzen diese Situation sehr gut und nutzen sie, um mehr Unterwerfung, Resignation und Gehorsam gegenüber ihren Vorgesetzten zu erzeugen. Dort, wo die Kontrolle schwieriger ist, versammeln sie sich weiter und erledigen ihre Routinetätigkeiten.Nach mehr als 15 Tagen sozialer Isolation und Einstellung der industriellen Aktivitäten kann man besser durchatmen, Schwalben und Tauben sitzen auf den Dächern und der Kreislauf der Natur setzt sich fort. Es hat angefangen zu regnen wie vor 20 oder 30 Jahren. Es gibt Wolken, Nebel und das Feld wird grün.Die Frage ist, warum auf eine Pandemie warten, um sich einen Tag Zeit zu nehmen, um sich auszuruhen? – Wir wollen Leben und Leben in Fülle, wie Gott es uns anbietet. Wir wollen auch ein ausgeglichenes Leben, um gute Zeit und gute Gesundheit zu haben. Herzliche Grüße

Pancha und Carlos

(Die Briefe wurden vermittelt durch Michael Schrick und Hans Meister)

6. Ausnahmezustand: Privilegien für die Bergbauunternehmen

Für wen gilt der Ausnahmezustand, für wen nicht?

Am 15. März erklärte Präsident Vizcarra wegen der Corona-Pandemie für ganz Peru den Nationalen Ausnahmezustand, verbunden mit einer strengen Ausgangssperre. Ausgenommen von den Auflagen wurden alle Aktivitäten, die für die Grundversorgung der Bevölkerung nötig sind. Die Minenwirtschaft gehörte nicht dazu.

Schon am 17. März erklärte das Energie- und Bergbauministerium jedoch, dass die Bergbauaktivitäten sehr wohl fortgeführt werden können. Zuvor hatte der Unternehmerverband CONFIEP erheblichen Druck auf die Regierung ausgeübt. Es sei notwendig, so das Ministerium,

alle „kritischen Tätigkeiten der Minenwirtschaft und angrenzenden Sektoren mit möglichst wenig Personal aufrecht zu erhalten“. Als „kritischen Tätigkeiten“ wurden fast alle Arbeiten vom Abbau der Mineralien bis zum Transport an die Küste definiert. Wieviel Personal dafür jeweils nötig ist, sollen die Unternehmen selbst festlegen. Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz seien gewährleistet.

Angestellte und Anwohner*innen der Minenprojekte Antapaccay (Cusco), MMG Las Bambas (Apurímac), Southern (Tacna) u.a. beklagen, dass die Unternehmen uneingeschränkt weiterarbeiteten, als ob es keine Coronakrise und keinen Ausnahmezustand gäbe.

Der Wirtschaftswissenschaftler Juan Aste Daffos kritisierte den Erlass vom 17. März: Die so genannten „kritischen Tätigkeiten“ seien sinnvoll, um Probleme im Abbaugebiet zu vermeiden, Maschinen und Anlagen betriebsfähig zu halten, Umweltschäden zu verhindern und die wenigen Arbeiter*innen, die dazu nötig sind, mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Fortführung des Mineralienabbaus, der Transport zu den Häfen und sogar der Bau neuer Projekte könnten damit aber nicht gemeint sein.

Auch die Gewerkschaften protestierten. Nachdem die Krise sich weiter verschärfte, reduzierten einige Bergbauunternehmen ihre Aktivitäten. Manche schickten zumindest einen Teil ihrer Arbeiter*innen nach Hause.

Nach den Protesten erklärte Präsident Vizcarra am 20. März, dass die Bergbauaktivitäten nur dort weitergeführt werden dürften, wo die Minen weit abgelegen und räumlich abgegrenzt sind, damit Gesundheitsrisiken für die Arbeiter*innen und die Bevölkerung ausgeschlossen werden können. „Das Konzept ist die soziale Isolierung“, sagte er. „Aber wir wissen von Fällen, wo die Arbeiter*innen hin- und herfahren. Das verstößt gegen die Regeln. Was für die Kleinen gilt, muss auch für die Mittleren und die ganz Großen gelten.“

Minenunternehmen gefährden die Gesundheit ihrer Angestellten

Dennoch arbeiteten die Unternehmen weiter. Arbeiter*innen von Firmen, die für die Lagerung und Verschiffung von Mineralien im Hafen von Callao zuständig sind, erklärten, sie hätten Angst um ihre Gesundheit. Zwei Arbeiter hätten Symptome von Covid 19 gezeigt und seien nach Hause geschickt worden. Weitere Informationen gab es nicht, die anderen Arbeiter*innen, die mit den beiden Kontakt hatten, müssten trotz Ansteckungsrisiko weiterarbeiten. Gewerkschaftsvertreter*innen berichten, dass viele Menschen entgegen der Verordnung weiter zur Arbeit gingen, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Arbeiter*innen der Logistik- und Transportunternehmen Perubar, Impala Terminals und Ferrovías berichten, dass sie zur Arbeit verpflichtet werden, ohne jegliche Schutzmaßnahmen. In allen drei Firmen wird rund um die Uhr gearbeitet, die Schichten sind bis zu zwölf Stunden lang. Bis zum 2. April waren drei Minenarbeiter*innen nachweislich mit dem Virus infiziert. 50 Angestellte im Bergarbeiterlager von

Antamina in der Region Ancash blockierten den Eingang zur Kantine, nachdem sie von einem positiv getesteten Kollegen gehört hatten und trotz mehrfacher Nachfragen keine weiteren Informationen erhalten hatten. Doch die Geschäftsleitung beschwichtigte und erklärte, es bestehe keine Gefahr. Auf die Forderung nach Corona-Tests für die Kolleg*innen gab sie keine Antwort.



Foto: Andina

Berechtigte Ausnahmeregelungen oder ungerechtfertigte Ungleichbehandlung?

Das bergbaukritische Netzwerk Red Muqui kritisiert, dass die Regierung die Ausgangssperre nicht konsequent umsetzt. Seit dem ersten Tag der Ausgangssperre wird von verschiedenen Privatunternehmen berichtet, die ihre Arbeiter*innen weiter beschäftigen, obwohl sie nicht für die Grundversorgung der Bevölkerung tätig sind: Agrarexportfirmen, Textilunternehmen, Call Center und eben auch Minenunternehmen. Red Muqui zeigt sich sehr besorgt darüber, dass der Staat die Unternehmen weder kontrolliert noch sanktioniert und damit die Arbeiter*innen und ihre Familien der Gefahr einer Infektion mit dem Covid 19-Virus aussetzt.

„Grundsätzlich kann man es rechtfertigen, dass im Bergbausektor weiter gearbeitet wird“, meint dagegen der Ökonom Armando Mendoza in der Zeitung La República. „In der aktuellen Situation müssen der wirtschaftliche Schaden so gering wie möglich gehalten und Schlüsselindustrien, soweit möglich, aufrechterhalten werden. Natürlich nicht blind und nicht auf Kosten der Sicherheit der Personen.“

José de Echave von der Nichtregierungsorganisation CooperAcción sieht das anders. „Covid 19 ist in Peru bisher ein städtisches Problem: 99% der Fälle treten in den Städten auf. Der ländliche

Raum ist bisher nicht betroffen. Die Minen befinden sich vor allem in ländlichen Gebieten, aber ihre Angestellten kommen aus der Stadt und sind sehr mobil, sie kommen und gehen aus den Bergarbeiterlagern und reisen in ihre Herkunftsstädte. Diese Entscheidung bedeutet einen Rückschritt und erhöht das Risiko der Ausbreitung des Virus“, warnt er.

Unterdessen hat die Kongressabgeordnete Mirtha Vázquez (Frente Amplio) eine Anfrage an die Energie- und Bergbauministerin gestellt. Sie möchte wissen, warum die Bergbauunternehmen eine Ausnahmegenehmigung von den Regelungen des Ausnahmezustands erhalten und damit die Gesundheit der Minenarbeiter*innen wesentlich gefährden. Dies sei eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Minenunternehmen gegenüber anderen Industriezweigen.

Auch der illegale Bergbau geht weiter

Auch viele illegale Minen arbeiten weiter wie gewohnt. So berichten etwa Bewohner*innen der Comunidad Diamante Azul in der Region Loreto, dass die illegalen Minenarbeiter*innen den Ausnahmezustand ausnutzen. „Für sie ist es sogar besser jetzt. Gerade kam ein Boot mit Öl hier vorbei. Wir sehen also, dass sie weiter arbeiten. Seit die Ausgangssperre verhängt wurde, ist es noch einfacher für sie, da niemand mehr vorbei kommt“, beklagen Bewohner*innen von Diamante Azul.

Annette Brox

7. Ausgeherlaubnis nach Geschlecht

Eine umstrittene Maßnahme der peruanischen Regierung schlägt hohe Wellen und findet ein stilles Ende.

Seit dem 3 April gilt in Peru: Männer dürfen nur montags, mittwochs und freitags, Frauen nur dienstags, donnerstags und samstags auf die Straße, um ihre lebensnotwendigen Dinge zu erledigen. Diese Maßnahme soll vorerst bis zum 12. April gelten. Als ich dies zum ersten Mal hörte, dachte ich an einen verspäteten Aprilscherz. Nun, es ist leider keiner. Die peruanische Regierung setzt auf eine Maßnahme, die frühbürgerlichen oder religiösen Zeiten entsprungen sein könnte. Es war einmal, als Jungs und Mädchen auf verschiedene Schulen gehen mussten oder Schulklassen nach Geschlechtern getrennt wurden. Es gibt immer noch Länder, die so funktionieren und zu Recht dafür kritisiert werden. Die westlichen orientierten, aufgeklärten Republiken, haben bisher nicht dazu gehört.

Was verspricht sich die Regierung von so einer verfassungsrechtlich zweifelhaften und in mancher Hinsicht diskriminierende Maßnahme? Sie möchte die Zahl der zirkulierenden Personen möglichst um die Hälfte reduzieren. Das ist ausgesprochen schwierig zu kontrollieren. Eine Trennung nach

Geschlecht lässt sich leichter überwachen. Eine Ausgabe von Passierscheinen ist logistisch so schnell nicht machbar.

Möglich wäre eine Variante der Autoverkehr praktizierten Aufteilung nach „pico y placa“, indem die geraden und ungeraden Endziffern des Personalausweises herangenommen werden. Dazu müssten gegebenenfalls viel Ausweise kontrolliert werden und die Regierung möchte die Polizei und Armee diesem Risiko nicht aussetzen.

In einem zirkulierenden Mem heißt es: Mo., Mi., Fr. gehen die Männer einkaufen, Di., Do. und Sa. bringen die Frauen zurück, was die Männer falsch eingekauft haben. In einem Clip sieht man einen mit Whisky, Rum, Bier und Cola schwer beladenen jungen Mann, der gerade vom Einkauf zurückkommt. Während er auf sein Haus zuläuft, tönt er lauthals: „Es gibt nichts, kein Brot, keine Milch, keine Nudeln. Das ist alles was ich noch bekommen konnte!“ So witzig wie nah an der Realität.

Wer immer diese Entscheidung getroffen hat, es waren mit Sicherheit Personen, die nicht selbst die Dinge des täglichen Bedarfs einkaufen. Peru ist immer noch ein ausgesprochen machistisch geprägtes Land. Millionen Männer gehen nicht einkaufen, sie könnten es auch nicht, da sie es nie gelernt haben. Zudem verbietet es vielen ihr rigider Machocódigo. In der Regel erledigen die Frauen die Einkäufe. Sie wissen was sie wo finden, was sie zum kochen benötigen und vor allem, was die Produkte maximal für sie kosten dürfen. Gerade jetzt in der Krise, wo Millionen informeller arbeitende Menschen kein tägliches Einkommen mehr erzielen und immer mehr Menschen hungrig zu Bett gehen, kommt es für viele Familien und Einzelpersonen auf jeden Pfennig an. Mehr noch als sonst, muss der Einkauf wohl überlegt sein. Der Stress wächst enorm, wenn die Märkte nach den billigsten Angeboten durchsucht werden müssen.



Foto: Andina/ Jack Román

Die Maßnahme ging nach hinten los

Da viele Männer an den erlaubten Tagen nicht einkaufen gehen, müssen nun die Frauen ihre üblicherweise kleinen täglichen Einkäufe auf Portionen für zwei Tage ausrichten, also wesentlich mehr schleppen und mehr Zeit aufwenden. Wie bewerkstelligen sie das? Indem sie so viele weibliche Familienmitglieder und Kinder wie möglich mitnehmen, die beim Tragen helfen. Halbiert sich dadurch die Anzahl der Menschen auf der Straße? Nein. Die letzten Tage haben gezeigt, dass diese Maßnahme voll nach hinten losgeht. Hinzu kommt, dass nun auch vor Ostern an zwei aufeinanderfolgenden Tagen eine totale Ausgangssperre verhängt wurde. Niemand darf auf die Straße. So mussten die Frauen auch noch für mehrere Tage am Stück im Voraus einkaufen. Der Druck, die Familie versorgen zu können, hat sich dadurch noch potenziert. Und so drängten, schubsten und kämpften sich abertausende Frauen dichtgedrängt durch die Markthallen, ideale Bedingungen für die Ausbreitung des Corona-Virus. Hilflose Wachmänner und Polizist*innen in Kampfmontur versuchten Abstandsregeln durchzusetzen. Meistens ein hoffnungsloses Unterfangen. Ausgetragen werden diese absurden Maßnahmen auf dem Rücken vieler Frauen und Mädchen, die eh schon im normalen Alltag auch die größte Last zuhause tragen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass es immer noch große Gruppen von Frauen aus der Mittel- und Oberschicht gibt, die sich zwar in Boutiquen und Gyms gut auskennen, den Einkauf und das Kochen aber von Dienstpersonal erledigen lassen. Wie für die meisten Männer, geht auch an ihnen die angeordnete Geschlechtertrennung vorbei.

Protestiert haben auch Frauen- und LGTBI-Gruppen, die zu Recht auf die Gefährdung von Transpersonen hinweist. Deren Geschlechtsbestimmung entspricht im Ausweis nicht ihrem realen Geschlecht oder Genderselbstverständnis. In Peru sind sie häufig Demütigungen, Misshandlungen, Vergewaltigung und Folter durch Polizeibeamte und Armeeingehörige ausgesetzt.

Immerhin hat Vizcarra betont, dass man der Polizei und Armee befohlen habe, keine homophoben Haltungen an den Tag zu legen. Ob das hilft, wird sich zeigen.

Anders als Vizcarra, halten viele Menschen dieses Ansinnen für zweitrangig oder gar abwegig. Selbst einige linke männliche Politiker halten den Protest für unangebracht. Es ginge jetzt vorrangig um die Einkommenssituation.

Immerhin hat die Regierung ihren Fehler eingesehen: Die „obligatorische soziale Isolierung“ mit Ausgangssperre wurde um zwei Wochen bis zum 26. April verlängert. Von einer Einteilung der Einkaufstage nach Geschlechtern ist dort nicht mehr die Rede. Jan Doria studiert Unternehmenskommunikation in der Hochschule der Medien Stuttgart. Im Wintersemester 2019/20 schrieb er eine Hausarbeit über das peruanische Nation Branding.

Andreas Baumgart

8. Spendenaufrufe

Viele Menschen in Peru leben während der Covid19-Krise am Existenzminimum, wissen oft nicht, womit sie Essen kaufen sollen. Stellvertretend für all die Bedürftigen bitten wir Sie um Ihre Spende für zwei Projekte im Regenwald und in Ayacucho.

1. Spendenaufruf des AK München Ashaninka

Die peruanische Regierung hat wegen des neuen Coronavirus über das gesamte Land den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre verhängt. Das betrifft auch Amazonien, das Regenwaldgebiet, das die meiste Fläche des Landes ausmacht. Das größte dort lebende Volk sind mit rund 90.000 Personen die Asháninka. Sie leben unter anderem in der Provinz Satipo. Von dort kam ein Hilferuf mehrerer Asháninkaorganisationen.

Sie haben per Funk und Internet die Bevölkerung der Provinz über den neuen Virus informiert. Zum jetzigen Zeitpunkt sind dort keine Erkrankungen bekannt. Die Organisationen wollen erreichen, dass die Regenwaldbevölkerung geschützt wird. Sie haben höchste Alarmstufe ausgerufen und verhindern vorübergehend, dass Fremde von außen in die Dorfgemeinschaften gelangen. Denn das wäre für die Asháninka fatal:

Erstens wegen der größeren Anfälligkeit der Indigenen gegen Viruserkrankungen, zweitens sind die Gesundheitsposten nicht im mindesten für den Ausbruch der Seuche gerüstet oder ausgestattet, und drittens ist das einzige Krankenhaus der Provinz chronisch überfüllt und weist deshalb Menschen auch ab.

FECONACA (ein Verbund von Dörfern), die kleine Initiative Imperita und engagierte Einzelpersonen (Uni-Prof. etc.) planen, eine Lebensmittelbrücke zu den Regenwaldsiedlungen herzustellen, damit Ansteckungen vermieden werden können, ohne die Existenzgrundlage der Menschen dort zu gefährden.

In der Provinz bringen die Menschen aus den Ortschaften normalerweise ihre Erzeugnisse wie Kakao in die Städte zum Verkauf. Den Erlös daraus verwenden sie, um ihrerseits Nahrungsmittel zuzukaufen: Reis, Salz, Nudeln.

Um diesen Handel vorübergehend zu konzentrieren und einen Lieferdienst (in beide Richtungen) zu organisieren, bitten die Organisationen um kurzfristige und überbrückende Übernahme von Lebensmittelkosten. Damit soll verhindert werden, dass die Familien in die Städte gehen müssen – was sie jetzt auch gar nicht dürfen – und sich dort anstecken.

Der Arbeitskreis München – Asháninka wurde gebeten, wieder als Partner zu fungieren und eine Überbrückungshilfe in Form von einmaligen Finanzmitteln zu organisieren. Der Arbeitskreis

München – Asháninka ruft deshalb hiermit zu einer Spende auf, um mitzuhelfen, durch die Handelsbrücke die Ansteckungsgefahr für die Asháninka zu minimieren.

Der gemeinnützige Verein Nord Süd Forum München e.V. hat sich bereit erklärt, die Spenden entgegenzunehmen, zu verwalten, zu 100 % an die Organisationen in Peru weiterzureichen und über die Verwendung der Gelder zu informieren.

Kontonummer: Nord Süd Forum München e.V.

Bank für Sozialwirtschaft, München (BfS)

IBAN DE 29 7002 0500 0008 833100

BFSWDE33MUE

Bitte Stichwort angeben: Spende Ashaninka Corona Regenwald



Foto: Heeder Soto Frauen von ANFASEP beim 30. Jahrestag.

2. Spenden für die Bürgerkriegsopfer in Ayacucho

Zusammen mit ANFASEP in den Zeiten von Coronavirus. Die Mitglieder von ANFASEP (Organisation von Familienangehörigen von Gefangenen, Entführten und Verschwundenen in Peru), sind hauptsächlich Mütter und Frauen von Verschwundenen und Getöteten des bewaffneten internen Konfliktes von Peru (1980 – 2000). Sie haben lange Zeit (fast 40 Jahre) in Konditionen der extremen Armut ihre Familienangehörigen gesucht und haben informell

gearbeitet, um überleben zu können. Jetzt in Zeiten von Coronavirus und in Quarantäne, dürfen sie nicht mehr arbeiten und leiden noch mehr Not.

Die Jugendlichen von ANFASEP (die Dank der Organisation der Mütter und Frauen während des Bürgerkrieges Essen bekommen haben), sind heute Erwachsene. Sie setzen sich für die Unterstützung der Frauen ein (die alle ein Alter zwischen 60 – 80 Jahren haben). Bisher haben sie von ihrem eigenen Geld und mit Unterstützung von Freunden in Ayacucho Geld gesammelt und auch schon die Frauen mit Lebensmitteln versorgt, aber für die ca. 150 Mitglieder ist das noch nicht genug. Deshalb fordern wir alle unsere Freund*innen in Deutschland auf Geld auf unten stehendes Konto zu überweisen.

Jede Spende ist willkommen.

Bankkonto in Deutschland:

Informationsstelle Peru

DE74 4306 0967 8216 7591 00

GLS Gemeinschaftsbank

Verwendungszweck ANFASEP (es können keine Spendenquittungen ausgestellt werden)

Für weitere Informationen bitte Heeder Soto und Kerstin Kastenholz kontaktieren,

Whatsappkontakt in Peru (Heeder): +51 986217952

Whatsappkontakt in Deutschland (Kerstin) : 0177 8638161

9. Käthe Meentzen - von Bremen nach Peru

Glückwunsch für eine Legende.

Anlässlich ihres 89ten Geburtstags gratulierte Servindi (Servicio de Comunicación Intercultural, Peru) seiner Aktivistin und Mit-Gründerin Käthe Meentzen mit einer [ausführlichen Würdigung](#).

Die Aufzählung der Aktivitäten und Verdienste von Käthe, die ihren Ruhestand nicht in Bremen genießen, sondern in Peru im Unruhestand leben wollte und will, weckte in uns zahlreiche Erinnerungen. Gemeinsam engagierten wir uns (im Arbeitskreis ILV) beim Aufdecken dubioser Aktivitäten und Widersprüchlichkeiten der (nordamerikanischen) evangelikalen Wycliff Bibelübersetzer, die als Instituto Lingüístico de Verano – ILV – ihre Mission als Menschenfischer und Sprachforscher im amazonischen Regenwald entfalteten und

Foto: Archiv Käthe Meentzen

die frohe Botschaft unserer Zivilisation verkündeten, bis sie auf Geheiß der Regierung ihre Basisstation im Urwald räumen und Peru verlassen mussten.

Aus München und Lima zogen wir an einem Strang, als es in den 80er Jahren um das autoritäre und neokoloniale Gehabe des Münchner Filmmachers Werner Herzog bei den Dreharbeiten zum Film Fitzcarraldo im Gebiet der Awajún ging. Wir vom Lateinamerika-Komitee in München brachten ein eigenes Theaterstück Die Aguaruna und der Zorn des Werner Herzogs zur Aufführung, Käthe steuerte Fotos zur Broschüre bei, und wir demonstrierten bei der Premiere mit dem King himself und mit mäßigem Erfolg – er winkte uns sozusagen huldvoll aus dem Weg.



Foto: Archiv Käthe Meentzen

Käthe Meentzen war sehr aktiv beim sog. IV Tribunal Russel 1980, bei dem unter anderem der damalige Awajún-Sprecher und Leiter des kurz zuvor gegründeten Dachverbandes der indigenen Regenwaldvölker Perus AIDSEP, Evaristo Nugkuag, als Ankläger auftrat. Käthe war beteiligt an der Gründung der COICA – Coordinadora Indígena de la Cuenca Amazónica – in Lima 1984, in der sich indigene Organisationen der neun Amazonas-Länder zusammenschlossen.

Ab 1985 bis 1994 arbeitete sie verantwortlich für mehrere Projekte (Gesundheit, Landfrauen und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion) zusammen mit Fachkräften in einer von Bauern in Huancavelica gegründeten Organisation von indigenen Dorfgemeinschaften.

Sehr wichtig war ihr Engagement für die Gründung der Notstands-Kommission der Asháninka CEA 1994 nach den Verbrechen an dieser indigenen Bevölkerung im zentralen Regenwald Perus, in diesem Fall insbesondere durch die Terrorgruppe Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad). Aus dieser Notstandskommission wurde später der Regionalzusammenschluss der indigenen Bevölkerung, ARPI. Aus Käthes Arbeit mit der Notstandskommission und unserer Peru-Arbeit in München entwickelte sich dann, weil wir uns kannten, die noch bestehende Klimapartnerschaft Münchens mit dem Volk der Asháninka.

Besonders zu erwähnen ist ihr Engagement bei der Gründung von SERVINDI. Jorge Agurto, ihr Kollege dort, erinnert daran, dass die ersten elektronischen Rundbriefe gerade mal ein Dutzend Personen erreichten und diese Informationsquelle für den Bereich Regenwald/Indigene/Umwelt heute viele tausende Bezieher*innen hat: in Peru, Lateinamerika und darüber hinaus.

Käthe engagiert sich und sie leidet immer wieder, wenn indigene Organisationen grobe Fehler machen und indigene Führer*innen sich korrumpieren lassen. Ihre Kritik wird in indigenen Organisationen gehört, ernst genommen, oft auch akzeptiert, weil sie eben von einer Persönlichkeit ausgesprochen wird, die stets beste Freundin war, ist und sein wird.



Der Würdigung und den Glückwünschen ihrer Kolleg*innen von SERVINDI können wir uns als Informationsstelle Peru e.V. nur anschließen – und in diesem Fall möchten es die Autor*innen gern unbedingt auch persönlich tun.

Wir wünschen Käthe vor allem Gesundheit und eine schöne, ruhige Zeit bei Musik in ihrem Häuschen mit dem grünen Hausgärtchen, und, dass die Kolibris sie in diesem „Selva-Garten“ ganz oft besuchen.

Liebe Käthe, du hast unsere Zuneigung und unseren Respekt, unsere Freundschaft und Bewunderung.

Trudi und Heinz Schulze

10. Hidrovia - aus den Zuflüssen des Amazonas Wasserstrassen machen?

Die Diktatur der Infrastrukturprojekte

Gemeinsam für eine vielfältige und intakte Natur? Die peruanische Regierung spricht bei öffentlichen Auftritten davon, wie sie die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG`s) der Agenda 2030 nach und nach erfüllt. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Schauen wir uns das geplante Großprojekt an, wodurch die großen Zuflüsse des noch größeren Amazonasstroms quasi als Riesenkanäle ausgebaggert werden sollen. Das hat den Namen Hidrovia – Wasserstraße.

Eingebunden ist auch dieses Vorhaben in das große politisch-wirtschaftliche Programm „Integración de la Infraestructura Regional Sudamericana“, IIRSA genannt. Dieses mit dem Ziel, diese riesige Region intensiver in den Welthandel zu integrieren. Genauer gesagt, die vorhandenen Bodenschätze wie Erdöl, Erdgas, Erze und alles, was aus der biologischen Vielfalt des amazonischen Regenwaldes rauszuholen ist, besser zu verkaufen, besonders in Richtung Asien. China und Indien lassen grüßen.

Zu diesem IRSA-Vorhaben gehören auch die dafür gebauten Straßen von Brasilien durch den Regenwald Boliviens und Perus bis an die pazifische Küste.



Foto: Hildegard Willer

Das Ziel dieses Wasserstraßenprojekts Hidrovía:

Der große Amazonasstrom wäre ohne seine großen Quellflüsse nichts. Diese sollen „in Wert gesetzt“, modernisiert, für große Schiffe schiffbar gemacht werden. Ein weiteres gigantisches geopolitisches Vorhaben.

Die betroffenen Flüsse und Regionen in Peru wären:

Die Regionen Loreto und Ucayali im amazonischen Regenwald mit ihren Flüssen Ucayali, Huallaga, Marañón und der (junge) Amazonas auf einer Gesamtlänge von ca. 2.600 Kilometern.

Die treibende Kraft dahinter:

ist in erster Linie der peruanische Staat (begonnen unter dem korrupten Ex-Präsidenten Kuczynski) mit einem Konsortium mit der chinesischen Staatsfirma Sinohydro-Cohidro und der niederländischen Firma Haskonig. Hauptsächlich zuständig ist in Peru das Verkehrs- und Kommunikationsministerium (MTC), das in der Vergangenheit führend bei Bestechungen mit Straßenbauprojekten war.

Die Kostenplanung:

Bisher ist die Summe von ca. 100 Millionen Dollar im Gespräch.

Das soll in Form der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft geschehen, wobei letztendlich die Steuerzahler*innen dafür bluten müssten. Diese Ausbaggerung soll sich 20 Jahre und mehr hinziehen.

Was soll praktisch geschehen?

Die Flüsse sollen so ausgebaggert werden, dass große (Fracht-)Schiffe zum Beispiel bis zum Amazonashafen Iquitos fahren können.

Das Projekt soll mit ungefähr 200 Arbeiter*innen auskommen.

Warum darf dieses Superprojekt nicht stattfinden?

Auf mehreren Treffen der indigenen Bevölkerung wurden die negativen Auswirkungen deutlich benannt:

1. Es bewirkt starke wirtschaftliche und Ernährungsprobleme der dort lebenden indigenen Bevölkerung. Dieses Ausbaggern verändert unverantwortlich und für immer das Leben am und im Fluss.
2. Große Umweltschäden: Flussbett und Flusströmung ändern sich. Die Inseln in den Flüssen (Lebensraum für viele Tiere) werden verschwinden, ebenso die je nach Wasserstand sich verändernden Uferböschungen mit ihren Sandbänken. Der Fluss wird „kanalisiert“. Damit wird die Fortpflanzung der Fische massiv erschwert, wenn die Jungfische keine Schutzgebiete im ufernahen seichten Wasser haben. Flora und Fauna und damit die Ernährungssicherheit vermindern sich stark. Der lokale Transport auf dem Wasser wird durch die Großkonkurrenz unrentabel und teurer.
3. Eine sichere Folge wird eine weitere Verschuldung des peruanischen Staates sein.

4. Ganz wichtig ist folgende Befürchtung der betroffenen indigenen Bevölkerung: „Das Projekt verstößt grundsätzlich gegen unsere religiösen Werte, den heiligen Flüssen und ihren Gaben gegenüber.“

Vorgeschlagene Forderungen, Alternativen und begonnene Maßnahmen:

- Verbesserung des Flussverkehrs ohne die angesagte Zerstörung.
- Aufforderung an alle Anti-Korruptionsstellen des Staates, sich gegen dieses neue Einfallstor für höchste Bestechungen zu stellen. Das Beispiel des Baus der Interozeanischen Straße, bei dem die Kosten sich letztendlich um 500% erhöhten, darf sich nicht wiederholen. Zudem dienen diese Straßen hauptsächlich als Transportweg für illegales Gold und Drogen.
- Die durch staatliche Stellen genehmigten Umweltverträglichkeitsstudien durch das Büro zur Sicherung des Regenwaldes (SENACE) dürfen nicht akzeptiert werden, da sie keinen seriösen Standards entsprechen. Es wird darauf hingewiesen, dass selbst das Verkehrsministerium von grundlegenden Fehlern im Genehmigungsantrag spricht. Selbst wirtschaftsnahe Zeitschriften wie El Comercio kritisierten den stümperhaften Beginn, nicht aus genereller Kritik heraus, sondern aus Sorge, dass das Projekt daran scheitern könnte.
- Rechtsanwalt Juan Ruíz Molledo von der Menschenrechtsorganisation IDL zerplückt die vorgelegte Umweltverträglichkeitsstudie: Sie verletzt alle Vorgaben der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation und der Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Costa Rica) und auch der peruanischen Verfassung selbst.
- Die peruanische Regierung spricht – wie oft beim Thema amazonischer Regenwald – mit gespaltener Zunge. Beim Weltklimagipfel 2019 in Paris lobte der peruanische Vize-Umweltminister die großen Anstrengungen seines Landes zum Regenwaldschutz; auch, dass die zeitweise überschwemmten Gebiete (tuberas) hundertmal mehr CO₂ speichern als die Bäume selbst. Zwei Tage vorher erklärte der peruanische Präsident das Vorhaben Hidrovía, die „Modernisierung der peruanischen Zuflüsse zum Amazonas“, als eine Angelegenheit von nationalem Interesse (Dekret 018-2019-1831447-1).
- Die Europäische Union hat mit der peruanischen Regierung bereits im Jahr 1992 eine finanzstarke Kooperation zum Schutz und Erhalt der Natur und biologischen Vielfalt abgeschlossen. Das Projekt mit dem Namen „Life – real alternatives eur*pe“ sieht für den neuen Zeitraum 2021 bis 2027 die Summe von 5.540 Milliarden Euro vor. Wenn das Projekt Hidrovía durchgeführt würde, wäre zumindest diese ganze Region keine, die den CO₂-Ausstoß verringern würde. Auch deshalb müsste die europäische Politik sich vehement gegen Hidrovía wenden.

- Die internationale Öffentlichkeit wird gebeten, gegen die mögliche Beteiligung von Firmen aus ihren Ländern zu protestieren, denn dieses ist ein Vorhaben mit zutiefst neokolonialer und technisch-rassistischer Einstellung.

Beim Weltklimagipfel in Paris kritisierte der Präsident der regionalen indigenen Föderation ORAU (Region Ucayali), Berlin Diques Rios, das Hidrovía-Projekt sehr deutlich als eine systematische Auslöschung der indigenen Bevölkerung. Das kann den damals in Paris vertretenen Politiker*innen nicht verborgen geblieben sein.

Die mit der Kooperation zum Schutz des amazonischen Regenwaldes Beauftragten deutscher Behörden und Stiftungen, so die indigenen Vertreter*innen, müssen von den negativen Erfahrungen, die mit der chinesischen Staatsfirma Sinohydro im Nachbarland Ecuador von 2012 bis 2018 gemacht wurden, bekannt sein. Die staatliche Finanzaufsicht Ecuadors bemängelte, dass diese Firma 60% ihrer Projekte an Subunternehmen weitergegeben hat, dass sie davon Provisionen kassierte und dass viele technische Unregelmäßigkeiten wie beim Bau von Brücken festgestellt wurden. Sie hat die Ausgangskosten um ein Vielfaches überzogen, wurde wegen ihrer Verfehlungen zu Strafen von insgesamt neun Millionen Dollar verurteilt, die aber der ecuadorianische Staat nicht einklagte.

Die deutsche Bundesregierung soll aufgefordert werden, dass sie angesichts ihrer finanziellen Kooperation zum Schutz des amazonischen Regenwaldes nicht akzeptiert, dass durch die Zerstörung der Zuflüsse des Amazonasstroms ihr Engagement null und nichtig wird.

Die Regierung der Niederlande wird aufgefordert, auf die Firma Royal Haskoning einzuwirken, dass sie keine Geräte und Ingenieure für dieses zerstörerische Projekt zur Verfügung stellt.

Die klimaaktiven Jugendlichen und alle Umweltorganisationen werden dringend gebeten, gegen dieses zerstörerische Projekt zu protestieren.

Noch ist es möglich, es gemeinsam zu verhindern.

Die beste Lösung, so der peruanische Regenwald-Experte A. Shirif, wäre, wenn einige Firmen zwar ihren Reibach beim Erstellen von Gutachten machen würden, aber dann das Projekt eingestampft würde. Seit 2017 war Peru eines der beliebtesten Länder für venezolanische Migrant*innen. Dies ändert sich nun rasant. Fremdenfeindlichkeit und restriktive Migrationspolitik prägen Peru heute.

überarbeitet und übersetzt von Heinz Schulze

11. „Einen Film zu drehen, ist mein politisches Engagement“

Die Peruanerin Maga Zevallos dreht Dokumentarfilme über Bergbaukonflikte.

Glitzerndes Meer, schroffe Felsen, Fischer kommen vom Fang zurück, ihre Frauen nehmen den Fang auseinander, salzen die gefangenen Fischeier ein. Sie werden später als Kaviar nach China exportiert werden. Mit diesem Fischeridyll beginnt der Dokumentarfilm „Entre el hierro y el mar“ (Zwischen dem Eisen und dem Meer), den die peruanische Dokumentarfilmern Maga Zevallos im Februar 2020 in Lima und Ica vorgestellt hat. Die idyllischen Bilder zu Beginn des Films sind das Gegenteil von dem, was man danach sieht: durch Bergbau verschmutzte Buchten inmitten einer traumhaften Meerlandschaft. Denn Marcona ist in Peru nicht für seinen Kaviar bekannt, sondern für sein Eisen. Direkt am Pazifik, eine gute Auto-Stunde von Nazca entfernt, wird seit vielen Jahrzehnten Eisen im grossen Stil abgebaut. Waren es in den 50-er Jahren die Amerikaner, in den 70-er und 80-er Jahren dann der peruanische Staat, so sind es seit 1991 die Chinesen, die in Marcona Eisen abbauen und nach China exportieren.

Marcona war die erste privatisierte Mine, nachdem Alberto Fujimori 1990 an die Macht gekommen war. Seit 1991 waltet dort der chinesische Staatsbetrieb Shougang.

Maga Zevallos (40) hat schon viele Bergbauggebiete besucht. Ihr erster Dokumentarfilm „La vida no vale un cobre“, ein Transmediaprojekt über den Kupferabbau in Espinar/Cusco, wurde auf vielen Festivals gezeigt (und kann heute unter diesem Link lavidanovaleuncobre.com angeschaut werden). Hildegard Willer hat mit ihr über ihren neuesten Film gesprochen, und über ihre Passion, das Filmemachen.

Wie bist Du zur politischen Dokumentarfilmerin geworden ?

Schon mein Vater hat mich als junges Mädchen auf die Demos gegen Fujimori mitgenommen. Dann habe ich Kommunikation studiert und mein erstes Praktikum im Büro des linken Abgeordneten Javier Diez-Canseco gemacht. Dort kam ich mit dem Thema des Extraktivismus in Kontakt, Javier Diez-Canseco machte Gesetzesvorschläge zur Einführung der Lizenzgebühren oder der Verteilung der Steuereinnahmen aus dem Bergbau. Ich war schon bei den ersten Bergbauprotesten 2002 in Piura/Tambogrande dabei. Das Thema Extraktivismus hat mich auch begleitet, als ich mit (dem bekannten peruanischen Journalisten) Cesar Hildebrandt arbeitete. Vor 11 Jahren habe ich mich dann selbständig gemacht und meine Kommunikationsagentur „Hiperactiva“ gegründet.

Das Filmen habe ich dann an der berühmten Filmhochschule San Antonio de los Baños in Kuba gelernt. Das Transmediaprojekt „La vida no vale un cobre“ über den Bergbau in Espinar war meine Abschlussarbeit an der Filmhochschule. „Entre el hierro y el mar“ ist mein zweiter Dokumentarfilm.



Die Chinesen bauen seit fast 20 Jahren in Marcona Eisen ab. Man hört darüber wenig in peruanischen Medien, im Gegensatz zu anderen Bergbaukonflikten. Wie bist Du also auf das Thema Marcona gestossen?

Im Januar 2019 bekam meine Kommunikationsagentur einen Auftrag, Filmmaterial über Marcona für eine NGO zu erstellen. Damals lernte ich Marcona kennen und war tief beeindruckt. Ich hatte immer schon eine spezielle Beziehung zum Meer, und Marcona ist die einzige Mine direkt am Pazifik. Die Abraumteiche direkt neben dem Pazifik zu sehen, hat mich sehr geschockt. Marcona ist auch ein Paradebeispiel dafür, wie eine Mine die Herrschaft über ein Territorium ausübt. 78% des Gebietes von Marcona gehört zur Konzession von Shougang. Vor 19 Jahren hat Shougang alle Bodenrechte bekommen, sowohl über als auch unter der Erde. Ein Beispiel: um zum angrenzenden Vogelschutzgebiet San Fernando zu kommen, braucht man einen Passierschein von Shougang. Ohne Shougang läuft nichts in Marcona. Der Staat ist nach 20 Jahren Extraktivismus kaum anwesend.

Anders als in den neueren Bergwerken, sind die Arbeiter in Marcona nicht gut bezahlt. 70% sind schlecht bezahlte Leiharbeiter, 30% gehören zur Stammebelegschaft und viele von ihnen sind in der Gewerkschaft organisiert. Shougang hat viele Anzeigen bekommen wegen der Verletzung der Arbeitsrechte und ist auch seinen Investitionsverpflichtungen nie nachgekommen.

War es schwierig in Marcona zu drehen und habt Ihr Kontakt zu Shougang bekommen ?

Es ist immer schwierig in Gebieten mit Bergbaukonflikten zu filmen. Die Leute sind in der Regel sehr misstrauisch gegenüber allen, die von aussen kommen. Die Polarisierung ist gross. Man muss viel Zeit aufwenden, um Vertrauen zu schaffen. Das war in Marcona auch nicht anders. Trotz vieler Anfragen habe ich keinen Termin bei der Mine bekommen. Die höheren Angestellten fahren in ihren SUVs mit abgetönten Scheiben durch den Ort, unnahbar. Erst Ende Januar 2020, als der Film schon fertig war, antwortete Shougang auf unsere Interviewanfrage.

Als wir den Film in Ica vorstellten, kam es zu heftigen Protesten. Von Shougang bezahlte Angestellte protestierten gegen den Film. Letztlich war ihr Tumult aber Werbung für den Film, weil so viele Medien darüber berichtet haben. Als wir den Film in Marcona vorstellten, hatten wir den Schutz der Gewerkschaft und der Stadtverwaltung.



Wie finanzierst Du Deine Dokumentarfilme?

Ein Dokumentarfilm kostet alles in allem rund 30 000 US-Dollar. Wir hatten keine Fremdfinanzierung für unseren Film, auch wenn Shougang sagt, die NGOs würden uns finanzieren. Aber das stimmt nicht, ich bin unabhängig.

Ich mache die Filme praktisch in meiner Freizeit und mit dem Geld, das ich mit Hiperactiva verdiene. Ein halbes Jahr fuhr ich mit meinem Team jedes Wochenende nach Marcona, um zu recherchieren und zu filmen. Wir haben auch mit Crowdfunding und T-Shirt-Verkauf etwas Geld reinbekommen. Das Filmen ist meine Leidenschaft.

Warum machst Du Dokumentarfilme ?

Einen Dokumentarfilm zu machen ist meine Art des politischen Engagements. Wir führen die Filme an Universitäten vor, veranstalten Diskussionsrunden. Ein Dokumentarfilm ist ein tolles Instrument, um die jungen Menschen zu sensibilisieren für Themen, die ihnen bisher unbekannt sind. Ich will mit einem Dokumentarfilm aber auch konkrete Änderungen erreichen. Z.Bsp. in Marcona sind, seit unserem Film, wesentlich öfter Behörden präsent als vorher. Und Shougang hat vor kurzem 100 Häuser an seine Angestellten verteilt.

Für mich ist ein Dokumentarfilm ein Instrument, um aufzuzeigen, was falsch läuft und das aktuelle Entwicklungsmodell zu hinterfragen.

Hildegard Willer

12. Kurz gemeldet April 2020

Interessante Kurzmeldungen aus Peru

Ein Kartoffelpark bei Cusco

Im Februar 2020 wurde in den südlichen Anden, 45 Minuten von der Regionalhauptstadt Cusco entfernt, ein „Kartoffelpark“ eingerichtet. Er umfasst 7238 Hektar mit vier Dörfern (ayllus) in der Provinz Calca und liegt auf einer Höhe von 3.600 bis 4.600 Metern. Dort gibt es 3.300 unterschiedliche Kartoffelsorten, entweder auf den Feldern oder in den kommunalen Sortenbanken.

Erteilt wurde diese Schutz-Anerkennung vom Landwirtschaftsministerium. Diese Maßnahme soll die biologische Vielfalt der Kartoffelsorten und die lokale Nutzung verbessern.

(Inforegion, 5.3.20)



Foto: Andina.

Gericht stoppt Wasserkraft-Anlage in Arequipa

Das regionale Verfassungsgericht in Arequipa hat die Beschwerde gegen das geplante Wasserkraftwerk „Laguna Azul“ im Distrikt Ayo, Provinz Castilla, als berechtigt angenommen. Das Projekt bedrohe den weltweit größten Quellsee Mamacochoa.

Vertreter*innen der Bürgerschaft hatten die Beschwerde eingelegt, da sie ihr Recht auf eine unversehrte Umwelt verletzt sahen. Mit dem Richterspruch werden die Beschlüsse der regionalen Umweltbehörde ARMA, der Regionalregierung Arequipa und des Energie- und Minenministeriums außer Kraft gesetzt, die das Projekt für umsetzbar erklärt hatten.

Für das Urteil wurden umfangreiche Studien durchgeführt, die die negativen Auswirkungen des Wasserkraft-Projektes auf das sensible Ökosystem von Mamacocha belegen. Der See ist Lebensort einer einmaligen Artenvielfalt von Flora und Fauna, sogar vom Aussterben bedrohte Tierarten wie der Meerotter, der in den Anden nur äußerst selten vorkommt, leben dort. Außerdem geben Reste von Felsmalereien und vorkolonialer Keramik Zeugnis von der Einzigartigkeit der seit Jahrhunderten verehrten Lagune.

2018 wurde Mamacocha von der andinen Gemeinschaft zum Naturwunder erklärt, aufgrund ihrer hohen Bedeutung für Umwelt und Ökosystem, ihrer biologischen Vielfalt und ihres hohen landschaftlichen und kulturellen Werts. Im selben Jahr wurde das Ökosystem per Gesetz zum Gebiet nationalen Schutzinteresses erklärt.

70 Familien, die im Tourismus tätig sind, profitieren von dem See. Das Tourismusministerium hat übrigens 273 Mio. Soles (79 Mio. US-Dollar) in die touristische Entwicklung des Gebietes investiert, mehr als für das Projekt Laguna Azul veranschlagt sind (60 Mio. US-Dollar).

Aus diesen Gründen lehnt die Mehrheit der lokalen und in den angrenzenden Provinzen lebenden Bevölkerung das Projekt seit seiner Präsentation im Jahr 2014 ab. Das Gerichtsurteil gibt den Beschwerden der Bevölkerung nun Recht. Eine Revision ist möglich.

<http://www.inforegion.pe/269658/fallo-constitucional-protege-laguna-mamacocha-en-arequipa/>

Staatsanwaltschaft konfisziert Baumaschinen, um Umweltschäden zu verhindern

Staatsanwaltschaft, Polizei und die Steuerbehörde Sunat haben einen Heckbagger und weitere Baumaschinen des Unternehmens Midas Industry LLC gestoppt und beschlagnahmt. Bevollmächtigter des Unternehmens ist der Russe Oleg Lipin, gegen den wegen illegaler Goldwäsche in Madre de Dios ermittelt wird. Die präventive Maßnahme diene dazu, irreparable Umweltschäden zu vermeiden, so die Umweltabteilung der Staatsanwaltschaft von Madre de Dios. Die Maschinen seien für illegale Arbeiten, etwa den Abbau von Mineralien im fließenden Gewässer, geeignet. Gegen Oleg Lipin wurden schon in früheren Jahren im Zusammenhang mit verschiedenen Firmen Verfahren wegen Geldwäsche eröffnet.

<https://ojo-publico.com/1639/fiscalia-inmovilizo-maquinaria-pesada-de-minero-ruso-en-madre-de-dios>

Konflikt Las Bambas: Angeklagte freigesprochen

Die 19 im Konflikt mit dem Bergbauunternehmen Las Bambas Angeklagten sind vom Gericht in Cotabambas freigesprochen worden. Der Richter begründete den Freispruch u.a. mit

unzureichenden Beweismitteln und dem Prinzip „im Zweifel für die Angeklagten“. Dieser Fall zeige wie andere auch die Notwendigkeit, die Gesetzesregelungen zu überprüfen, die Proteste kriminalisieren und sowohl Menschenrechtsverteidiger*innen als auch die Umwelt in Gefahr bringen, urteilte die Nichtregierungsorganisation CooperAcción.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/03/03/2020/absueltos-se-hizo-justicia>

Kampf gegen illegale Abholzungen: Agrarministerium fordert Serfor-Chef zum Rücktritt auf

Luis Alberto Gonzales-Zúñiga Guzmán, Direktor der Nationalen Waldbehörde Serfor wurde Anfang März vom Agrarministerium zum Rücktritt aufgefordert. Die Aufforderung kam zu einem Zeitpunkt, zu dem die Behörde Initiativen gegen illegale Holzexporte ergriff. Außerdem spielt Serfor eine Schlüsselrolle im Prozess gegen die Verantwortlichen für große illegale Holzexporte nach Mexiko und in die USA im sogenannten „Fall Yacukallpa“. Die Amtszeit von Gonzales-Zúñiga dauert noch fast vier Jahre an, dennoch wurde er ohne nähere Angabe von Gründen zum Rücktritt aufgefordert.

„Jährlich werden in Peru 150.000 Hektar Wald zerstört. Das ist eine gigantische Zahl“, sagt Gonzales-Zúñiga in einem Interview mit dem Nachrichtenportal Ojo Público. „Dagegen müssen wir kämpfen.“ Der Forstbereich sei von Informalität und Illegalität geprägt. Der Fall Yakupallca habe gezeigt, dass ein Großteil des exportierten Holzes aus illegalem Holzeinschlag stammte. Trotzdem wurde exportiert. Die Regierung habe zunächst verteidigt, was nicht zu rechtfertigen sei. Jetzt gehe der Fall in seine letzte Etappe, und das Umweltministerium habe einen angemessenen Prozess versprochen.

Und ausgerechnet jetzt wird der Direktor zum Rücktritt aufgefordert, vorbei am zuständigen Vorstand der Behörde.

Serfor schätzt, dass etwa 40% der peruanischen Holzproduktion aus illegalem Holzeinschlag stammen.

<https://ojo-publico.com/1650/jefe-del-serfor-minagri-solicito-mi-renuncia-como-director>

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/09/03/2020/Minagri-intenta-frenar-la-lucha-contrala-deforestacion>

Neues Ölunfall an der Nordküste

An der Nordküste Perus hat sich Ende März ein Ölunfall ereignet. Fischer entdeckten das auslaufende Öl in der Bucht von Cabo Blanco. Nach Angaben der Umweltbehörde OEFA hat das Unternehmen Savia Perú S.A. das Unglück am selben Tag gemeldet. Ein Bericht über Ursache

und Umfang des Unglücks lag noch nicht vor und könne sich wegen der aktuellen Coronakrise noch länger hinziehen, so die OEFA.

Nach offiziellen Angaben ereigneten sich zwischen 2011 und 2019 insgesamt 40 von Savia Perú S.A. verursachte Ölunfälle. Allein in 2018 und 2019 liefen dabei 1144 Liter Öl aus.

Die Nordküste Perus weist eine besondere Artenvielfalt auf und soll deshalb zum Schutzgebiet erklärt werden.

<https://es.mongabay.com/2020/03/peru-derrame-empresa-petrolera-savia-cabo-blanco/>

Stier- und Hahnenkampf: Weder Kunst noch Kultur, sondern Folter

Das Verfassungsgericht hat eine Klage als unbegründet abgewiesen, die erreichen wollte, dass Stier- und Hahnenkämpfe in Peru als verfassungswidrig erklärt werden. Die Gesetzesinitiative, die von mehr als 5.000 Bürger*innen unterstützt wurde, wollte die Abschaffung der Ausnahmeregelung im Tierschutzgesetz (Ley N° 30407) erreichen. Einige Richter, die gegen die Initiative stimmten, argumentierten, eine kulturelle, seit vielen Jahren gültige Praxis lasse sich nicht verbieten. Marianella Ledesma, die Vorsitzende des Gerichts, erklärte dagegen, dass Kultur der Veränderung unterliege und dass es die Entwicklung eines Landes behindere, wenn eine Tradition der Tierquälerei aufrechterhalten werde.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias-producciones-audios-resumen-peru-radioteca-audios/29/02/2020/mundo-indigena-peru>

gesammelt von Annette Brox und Heinz Schulze

13. Wahlüberraschung: Israelitas und FREPAP

Die Partei FREPAP gewann bei den Kongresswahlen im Januar 15 Sitze. Hinter der Partei steckt eine autochthon peruanische religiöse Gruppierung messianischen Zuschnitts.

Man kann sich dieser ultra-religiösen Organisation und Partei soziologisch, wahltaktisch oder politisch nähern. Neu sind sie beide nicht. Wer aber weder in Limas Außenbezirken noch im amazonischen Regenwald, insbesondere den Grenzgebieten zu Kolumbien oder Brasilien, unterwegs ist, dem erscheinen die Israelitas eher exotisch als sonst etwas.

Die Partei FREPAP (Frente Popular Agrícola del Perú / Landwirtschaftliche Volksfront Perus) hatten manche Analysten nicht auf dem Zettel als es um die außerordentlichen Parlamentswahlen am 26.1.2020 ging. Im Ergebnis gingen von 130 Sitzen 121 an traditionelle, populistische oder extreme rechte Parteien. Die Linke (Frente Amplio) kam auf 9 Sitze. Was die rechten Parteien (Fujimori- und Apra-Partei) verloren haben, haben andere Rechte gewonnen: Die FREPAP ist mit

15 Sitzen drittstärkste Kraft im Parlament. Sie ist der politische Arm der in Peru als Israelitas (Congregación Israelita en Perú) bekannten Asociación Evangelizadora de la Misión Israelita del Nuevo Pacto Universal (Aeminpu). Eine Zuordnung zum „evangelikalen Sektor“ wäre ungenau. Ihr Gründer, Ezequiel Ataucusi Gamonal (Ezequiel) bezeichnete sich als Person, die Gott auserwählt hat, um das Ende der Welt zu verkünden und mittels dieser Person, Ezequiel, einen neuen Universellen Pakt mit der Menschheit einzugehen. Diesen neuen Pakt schloss Gott im Jahre 1968 via Ezequiel mit den Menschen.

Zu Lebzeiten des Gründers der Israelitas erzählte mir, in den frühen 70er Jahren, ein Gläubiger aus der Region Cajamarca (Nordanden) bei einer längeren Busfahrt von der Organisation und ihrem Führer. Für ihn war Ezequiel Ataucusi ein neuer Christ und der „wiedergeborene Heilige Geist“. Seine Anhänger richteten ihr Leben und ihr Äußeres strikt am Alten und Neuen Testament aus bzw. an Stellen darin, die Ezequiel ausgesucht hatte. Deshalb auch der Name Israelitas, weil sie ihr Leben so gestalten, wie es in der Bibel beschrieben ist. Deshalb lassen sich die Männer Haare und Bärte wachsen, die Frauen tragen Kopftücher und Männer und Frauen lange Gewänder, wie in biblischen Zeiten. Man könnte noch über weitere Facetten der Ideologie von Ezequiel sprechen, der ungeniert auch Anleihen bei den messianischen Vorstellungen von der Wiederkehr des Inka Atahualpa und einem neuen, starken Inkareich genommen hat. Wichtiger ist aber, was in der Praxis geschah:

Die Israelitas als Invasoren im amazonischen Regenwald

Die Israelitas kolonisierten Land indigener Völker. Zunächst predigte Ezequiel in „näher gelegenen“ Regenwaldregionen (von der Küste aus gesehen) wie in Chanchamayo und gründete 1962 im Distrikt Puerto Bermúdez (Provinz Oxapampa, Region Junin) seine erste „Kolonie“. In den frühen 1960er Jahren beklagte der damalige peruanische Präsident Fernando Belaúnde Terry zunehmend, dass der amazonische Regenwald leere Wildnis sei, die dringend besiedelt werden müsse. Ezequiels eigenen Vorstellungen kam dies gut zupass und er übersetzte die präsidialen Ambitionen in sein Programm der „Lebenden Grenzen“, nämlich durch Neusiedlungen die Grenzen Perus zu Kolumbien und Brasilien zu sichern: Grenzsicherung durch Ansiedlung als patriotischer Akt. So kam es dann im Laufe der Zeit zu weiteren Koloniegründungen in „weit abgelegenen“ Regionen wie Ucayali oder Loreto. Die Israelitas brannten tausende Hektar Regenwald ab, betrieben Intensivlandwirtschaft, Viehzucht und Handel (Verkauf von Tropenholz aus Loreto nach Kolumbien). Es kam zu zahlreichen Konflikten mit den dort lebenden Indigenen und schon ansässigen Neusiedlern, deren Lebensgrundlagen sie zerstörten, und es kam zu Problemen mit der Justiz. Ezequiel Ataucusi und seine engen Vertrauten sahen, dass sie eine legale Basis brauchten, um das gestohlene Land von der Politik bzw. von eigenen Leuten als Bürgermeister offiziell zugesprochen bekommen zu können. So wurde 1989 FREPAP gegründet. Heute leben die frommen Siedler in 42 sogenannten Kolonien im amazonischen Regenwald, einige mit 8.000 bis 9.000 Bewohner*innen.



Foto: Andina/Renato Pajuelo

Die Israelitas und Kokain

Die an der Grenze zu Kolumbien liegende Provinz Caballococha (Pferdesee) ist eine regionale Hochburg des Cocaanbaus. Nach Alvaro Arce (in: Somos) betrieben Israelitas in der Kolonie dort Cocapflanzungen und stellten auch die Kokain-Basispaste (pasta básica) her. Diese Provinz wurde 2014 zum Notstandsgebiet erklärt, damit der intensive Cocaanbau durch den Einsatz von Soldaten bekämpft werden konnte.

Noch heute wird gesagt, dass die Kolonien der Israelitas so etwas wie ein Staat im Staate seien, und dass dort nach den Regeln des Alten und Neuen Testaments gelebt werde. Was immer das heißen mag.

FREPAP: Zuspruch und Ablehnung bei den Parlamentswahlen im Januar

In der Regenwaldregion Ucayali landete FREPAP mit 23,6 % der Stimmen auf dem ersten Platz. Die linke Partei Frente Amplio kam mit 1,1% auf Platz vierzehn. In der Regenwaldregion Loreto erreichte FREPAP den dritten Platz, Frente Amplio den siebten. In der Anden- und Regenwaldregion Junín erhielt FREPAP Platz drei, Frente Amplio Platz elf. In der Provinz Lima erreichte FREPAP Platz eins, Frente Amplio Platz dreizehn.

In den (Armen-)Vierteln in der Provinz von Lima sind die Israelitas stark. Ihr Zentrum an der Küste, ihr „Königliches Haus“, steht im Distrikt Cieneguilla, ca. 30 Kilometer von der Stadtmitte Limas (Richtung Landesinneres) entfernt. Hier und in anderen armen Distrikten des Großraums Lima ist die Präsenz der Israelitas viel stärker als in der Stadt Lima oder den andinen Bergbaugebieten.

Dort kamen z.B. in der Andenregion Cajamarca die Frente Amplio an die dritte, und FREPAP an die neunte Stelle; in der Bergbauregion Huancavelica war Frente Amplio auf Platz drei und

FREPAP auf Platz sieben. Eine erste Interpretation zeigt, wo die Israelitas mit FREPAP zuhause sind und wo nicht – und wo die linke Frente Amplio besser und schlechter dasteht.

FREPAP ist mit 15 Frauen und Männern ins peruanische Parlament eingezogen. Angetreten war die Partei der Israelitas mit durchaus populären Vorschlägen, darunter z.B. die Aufhebung der Immunität für Parlamentarier, die Einführung einer Vermögenssteuer, Kürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 Stunden ohne Lohnkürzung, Aufhebung der Wahlpflicht, Schaffung eines neuen Rechtsrahmens für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP's), Kontrolle und Förderung des Handels mit günstigen Generika-Produkten, Einführung des Unterrichtsfachs Ethik etc.

Zur Erinnerung: Die Wahlen wurden häufig als Protestwahlen charakterisiert. FREPAP als Partei wurde sicher auch als Organisation gesehen, die gegen Korruption eintritt, weil die Israelitas strikt nach den 10 Geboten leben – zumindest vordergründig. „Du darfst nicht stehlen“ ist eine klare Antikorruptionsaussage. Und das FREPAP-Versprechen, ein neues Paradies auf Erden zu schaffen – wobei sie sich darauf beruft, dafür von Gott auserwählt zu sein -, hat wohl auch Stimmen gebracht. Hilfreich war sicherlich auch ihr christliches Symbol, der (gut genährt aussehende) Fisch.

FREPAP kommt nicht aus dem Nichts, auch wenn in manchen Wahlanalysen von einer absoluten Überraschung die Rede ist. Als der Schriftsteller Mario Vargas Llosa 1990 für das Präsidentenamt kandidierte, traf er sich mit Ezequiel Ataucusi, um dessen Unterstützung zu erreichen. Der machte nicht mit und trat selbst an (beide erfolglos). Ezequiel starb im Jahr 2000 und „hinterließ“ zwischen seinen beiden Söhnen Jonas und Juan großen Streit um die Nachfolge. Von Ezequiels Frau und der Tochter Raquel war so gut wie nie die Rede. Raquel beklagte und kritisierte aber in letzter Zeit, dass die Familie ihrer Mutter, die Molinas, in der FREPAP immer mehr Macht und Einfluss gewonnen hätten.

Die Zusammensetzung ihrer Abgeordneten im Parlament birgt jedoch mögliche Konflikte: Die Interessen der „Neureichen“ mit dicken Autos und beachtlichen Häusern in den armen Außenbezirken von Lima werden eher von der Molina-Familie vertreten und sind kaum identisch mit denen der bäuerlichen Siedler im Regenwald. Wie gehen die Abgeordneten jetzt damit um, wenn sie in einem rechten politischen Umfeld anders als „alttestamentarisch“ agieren müssen? Sie werden sicherlich Verbündete sein im Kampf rechter und evangelikaler Organisationen gegen die Gleichheit der Geschlechter, Durchsetzung von Frauenrechten, überhaupt der Emanzipation von Frauen. Und sie werden alles unterstützen, was die Ausbeutung des Regenwaldes fördert.

Wie weit jetzt die religiösen Werte ihr Handeln bestimmen, wird man sehen. Eine Spaltung würde mich nicht wundern.

(20.2.2020 Heinz Schulze, unter Auswertung vieler Beiträge in peruanischen Zeitschriften und sozialen Medien und besonders der Analyse von Mariella Villasante Cervello, Ethnologin, Sorbonne und Kath. Universität Lima)

Veranstaltungen

Das Peru-Seminar vom 24. - 26. April 2020 findet aus gegebenem Anlass nicht statt.

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.